

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

18. Sitzung vom 24. Juni 2024 von 18:00 bis 22:53 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz Marc Läufer, Präsident

Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz **Einwohnerrat von 18.00 bis 18.15 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrats: 34
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 23

Einwohnerrat von 18.16 bis 18.27 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrats: 35
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 24

Einwohnerrat von 18.28 bis 22.53 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrats: 36
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeindeammann
Thomas Burkard, Vizeammann
Roland Vogt, Gemeinderat
Ariane Gregor, Gemeinderätin
Denise Strasser, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Jessica Wüest, Kanzlei
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt
Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung
Paul Bitschnau, Präsidium SLK
Franziska Walti, Präsidium SLK

Roland Frick, Abteilungsleiter Finanzen
Marco Veil, Chef Repol
Susanne Breitschmid, Leiterin Soziale Dienste
Dominic Bieri, Abteilungsleitung Schulsozialarbeit
Pascal Wagner, Abteilungsleiter Informatik
Nicole Brunner, Leiterin Betriebsamt
Andreas Jauch, Abteilungsleiter Liegenschaften & Anlagen

Entschuldigungen

Harry Lütolf, Die Mitte, **anwesend ab 18.16 Uhr**
Jonathan Nicoll, SVP, **anwesend ab 18.28 Uhr**
Matthias Angst, GLP
Renato-Raffaele Hübscher, SVP
Philipp Stäger, GLP
Michelle Gregor, Die Mitte

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von
 - Sasha Stojmenovski, SP
3. Dringliche Motion 15113 betreffend Kauf reformiertes Kirchgemeindehaus, Wohlen
4. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023 (15104)
5. Bericht und Antrag 15101 Legislaturprogramm 2022-2025 – Stand der Umsetzung – Kenntnisnahme
6. Bericht und Antrag 15106 Schulzentrum Bünzmatt – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus mit Turnhalle
7. Bericht und Antrag 15107 Schulzentrum Junkholz – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus
8. Bericht und Antrag 15108 Schulraumprovisorien Bünzmatt und Junkholz – Projektierungskredite
9. Bericht und Antrag 15110 Doppelkindergarten Farn – Verpflichtungskredit Projektierung
10. Bericht und Antrag 15111 Friedhof Wohlen; Projektierung und Realisierung von Urnenplattengräbern – Verpflichtungskredit
11. Bericht und Antrag 15102 Erhöhung Stellenplan im Bereich Finanzen & Ressourcen – Steueramt (Erbringung Dienstleistungen an Dritte)
12. Motion 15011 betreffend Erstellung Kunstrasenspielfeld im Sportzentrum Niedermatten
 - ▶ Der Gemeinderat nimmt eine neutrale Haltung ein.

Läufer Marc, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 13. Mai 2024 zu verzeichnen:

- Motion 15011 betreffend Erstellung Kunstrasenspielfeld im Sportzentrum Niedermatten
- Motion 15109 betreffend Finanzstrategie
- Bericht und Antrag 15110 betreffend Doppelkindergarten Farn – Verpflichtungskredit Projektierung
- Bericht und Antrag 15111 Friedhof Wohlen; Projektierung und Realisierung von Urnenplattengräbern – Verpflichtungskredit
- Einladung zur Einwohnerratssitzung vom 24. Juni 2024
- Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung der Einwohnergemeinde 2023 der FGPK
- Bestätigungsbericht zur Jahresrechnung der Einwohnergemeinde 2023 der FGPK
- Postulat 15112 betreffend Liquidation der Sportpark Bünzmatt AG und Übernahme der Aktiven und Passiven durch die Gemeinde
- Dringliche Motion 15113 betreffend Kauf reformiertes Kirchgemeindehaus, Wohlen

Rücktritt und Verabschiedung Barbara Wüthrich

Läufer Marc, Präsident: Barbara Wüthrich wird per Ende dieser Sitzung aus dem Einwohnerrat austreten. Ich lese Ihnen die Rücktrittsbegründung vor:

«Ich bin noch nicht lange im Einwohnerrat, muss aber leider bereits meinen Rücktritt verkünden. Ich werde nach Bremgarten ziehen und kann somit nicht mehr Teil des Einwohnerrates sein. Meine letzte Sitzung wird diejenigen vom 24. Juni 2024 sein.»

Barbara, du warst seit 4. September 2023 bis heute Teil des Einwohnerrates sowie in der Kommission für Gesellschaftsfragen tätig. Wir danken dir für deine Mitarbeit und wünschen dir alles Gute für deine Zukunft.

Inpflichtnahme von Sasha Stojmenovski, SP

Läufer Marc, Präsident: liest das Amtsgelübde vor.

Sasha Stojmenovski, SP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Sasha Stojmenovski ist somit als Nachfolger von Corinne Manimanakis, SP, in Pflicht genommen.

Dringliche Motion 15113 betreffend Kauf reformiertes Kirchgemeindehaus, Wohlen

Breitschmid Manfred, SVP: Ziel dieser Motion war, dass die Einwohnergemeinde diese attraktive Liegenschaft endlich erwerben kann. Nachdem der Gemeinderat und die Verantwortlichen der reformierten Kirchgemeinde mehr als ein Jahr verhandelt haben, ohne ein Ergebnis zu erreichen, wurde am 9. Juni 2024 und am 16. Juni 2024 von den Verantwortlichen der reformierten Kirchgemeinde, in der NZZ am Sonntag, die Liegenschaft als top Villa und Herrschaftshaus angeboten. Wenn sich nach über einem Jahr Verhandlung die Verkäuferschaft veranlasst sieht, in der NZZ Verkaufsinserate zu schalten, ohne den Verhandlungspartner Gemeindeammann darüber zu informieren, ist das für mich ein alarmierendes Zeichen und alles andere als normale Verhandlungsgespräche, wie sich Michael Stalder, Präsident der reformierten Kirchenpflege, in der AZ Schweiz am Wochenende vom 22. Juni 2024, äussert. Im Weiteren erwähnte er, dass anlässlich der Kirchgemeindeversammlung die Motion von Manfred Breitschmid und deren Formulierung bei den Mitgliedern gar nicht gut ankam. Anders ausgedrückt: Sie waren wütend. Ich bedaure, dass Mitglieder der reformierten Kirchgemeinde durch diese Motion wütend wurden. War doch der Antrag:

«Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag für den Kauf der Liegenschaft reformiertes Kirchgemeindehaus bis spätestens November 2024 vorzulegen.»

Ich ziehe die Motion und den Antrag zurück. Das bedeutet, der Gemeinderat hat keine Pflicht dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zum Kauf der Liegenschaft vorzulegen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich wünsche das Wort zu diesem Geschäft.

Läufer Marc, Präsident: Das Geschäft wurde zurückgezogen. Es wird nicht weiter diskutiert.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Mit Bezug auf § 29 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates möchte ich die Aussagen von Manfred Breitschmid zum vorherigen Traktandum korrigieren. Es wurde die Aussage getätigt, man sei seit einem Jahr am Verhandeln, was nachweislich nicht der Fall ist. Hätte der Motionär die Antwort zu seiner ersten Motion gelesen, wüsste er, dass wir bereits seit Februar verhandeln und uns monatlich treffen. Die dringliche Motion wurde nun erneut zurückgezogen. Manfred Breitschmid, mit dieser Aktion – um im Fussballjargon zu bleiben – hat man in einem Spiel, welches kurz vor dem Ende steht, ein wunderbares Eigentor geschossen.

Läufer Marc, Präsident: Ich berufe mich, wie Gemeindeammann Arsène Perroud vorhin richtig gesagt hat, auf § 29 «Erklärungen» des Geschäftsreglements des Einwohnerrates und lese ihn zu Händen des Protokolls vor: *«Persönliche Erklärungen dürfen nur der Abwehr von Angriffen auf die Person und der Klärung von Missverständnissen dienen. Sie können jederzeit angebracht werden.»* Manfred Breitschmid, wenn Sie noch etwas sagen möchten, dann sind Sie gerne dazu aufgerufen. Ich möchte allerdings keinen Schlagabtausch, weshalb dies die letzte Rede zu diesem Thema sein wird.

Breitschmid Manfred, SVP: Weil der Gemeindevorsteher zum Protokoll eine Richtigstellung gegeben hat, möchte ich als bescheidener kleiner Einwohnerrat auch etwas sagen. Ich verstehe die Aufregung des Gemeindeammans nicht. Wenn ich es richtig verstanden habe, handelt es sich um den Passus: *«Wenn nach über einem Jahr Verhandeln die Käuferschaft veranlasst sieht [...]»*. Diesen Satz entnehme ich dem Geschäft 15100, welches Sie alle bekommen haben. Bei Punkt 3.2 «Absichtserklärung» heisst es wie folgt: *«Die Verantwortlichen der reformierten Kirchgemeinde Wohlen/Villmergen sind im Zuge der Erarbeitung der Immobilienstrategie der reformierten Kirchgemeinde Wohlen/Villmergen frühzeitig auf den Gemeinderat zugekommen, um die raumplanerischen Möglichkeiten der Weiterentwicklung ihrer Liegenschaften zu thematisieren. Im Nachgang zu diesem Gespräch wurde seitens Gemeinderats der Kauf der Liegenschaft durch die Einwohnergemeinde zur Nutzung als Gemeindebibliothek diskutiert. In der Folge verabschiedete der Gemeinderat am 19. Juni 2023 eine Absichtserklärung zum Kauf der Liegenschaft.»* Das ist für mich eine Verhandlung.

Jahresrechnung und Geschäftsbericht

Heinrich Daniel, Präsident FGPK: Die FGPK hat den Geschäftsbericht 15104 freudig entgegengenommen. Wir haben ein wunderschönes Geschäftsbericht-Buch erhalten. Es zeigt sich reichhaltig, informativ und ist für mich einfach schön. Das Titelfoto ist für mich kolossal. So können wir uns nach aussen verkaufen. So steht die Gemeinde da, wie wir sie gerne haben möchten. Der Geschäftsbericht informiert uns über alle wichtigen Geschäfte, welche im Jahr 2023 stattgefunden haben. Alle Verwaltungsabteilungen, der Werkhof, die Polizei, die Feuerwehr und die Schulen haben uns mittels dieses Berichtes unterhaltsam und informativ über die Geschäfte orientiert. Die Texte wurden mit Bildern ausgeschmückt und bei manchen Bildern konnte gerätselt werden, wo sich der Ort in Wohlen befindet. Es ist mir und wohl auch allen in diesem Saal wichtig, den Personen, welche daran gearbeitet haben, danke für den guten Job zu sagen. Die FGPK stellte zudem Fragen zur Rechnung 2023. Diese wurden für uns zufriedenstellend beantwortet. Die FGPK sagt zum Geschäftsbericht 2023 einstimmig – bei zwei Abwesenheiten – Ja.

In denselben Unterlagen finden Sie die Jahresrechnung 2023 und den Bestätigungsbericht der FGPK. Die FGPK hat die Jahresrechnung 2023 geprüft und festgestellt, dass für die Gemeinde Wohlen ein Minus entstanden ist. Das heisst für uns, dass wir in Zukunft genauer hinschauen müssen. Bitte betrachten Sie die Seite 5 im Erläuterungsbericht der FGPK. Der Selbstfinanzierungsgrad betrug im Jahr 2021 146,03%, im Jahr 2022 fiel er auf 32,57% und im Jahr 2023 ist er auf erschreckende 20,13% gefallen. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt uns ganz klar auf, in welche Richtung sich unsere Gemeinde bewegt. Die Nettoverschuldung pro Kopf betrug im Jahr 2021 CHF 1'197, im Jahr 2022 CHF 2'343. Die Summe stieg 2023 auf CHF 3'196 an. Passen wir nicht auf, steigt diese Zahl schwindend. Im Finanzplan können Sie nachlesen, wohin diese Reise geht.

Finanzverbindlichkeiten: Die Darlehensschuld betrug 2023 CHF 70,2 Mio., im Vorjahr CHF 60,2 Mio. mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 1%. Neu beträgt der Zinssatz für die Kredite 1,26%. Jeder Anstieg des Zinssatzes, ob um einen Viertel oder ein halbes Prozent, bedeutet für uns in der Gemeinde mehr Kosten, welche wir stemmen müssen. Rechnen wir alles zusammen, was wir flüssig machen können, waren wir nicht schlecht unterwegs. Lassen wir diesen Umstand aussen vor, so haben wir ein Minus von CHF 6,8 Mio. Die Empfehlung der FGPK lautet somit wie folgt: *«Bezüglich des Finanzplanes des daraus abgeleiteten Investitionsprogramms empfehlen wir pragmatische, nachhaltige und vor allem finanzierbare Lösungen zu finden.»*

Die FGPK hat die Jahresrechnung und die Buchführung für das Rechnungsjahr 2023 gemäss den gesetzlichen Bestimmungen geprüft. Der Gemeinderat ist für den Inhalt und das Ergebnis der Jahresrechnung verantwortlich. Die Prüfung sowie die Beurteilung der Jahresrechnung fallen in den Aufgabenbereich der Kommission. Unterstützt wurden wir von der Revisionsgesellschaft Gruber Partner AG. Die FGPK hat Zusammenzüge, Detailkonti sowie übrige Ausgaben der Jahresrechnung mit Stichproben geprüft. Die FGPK beurteilt die massgebenden Haushaltsgrundsätze, von den Bewertungsrichtlinien sowie die Vollständigkeit und die Richtigkeit der grösseren Abweichungen. Die Investitionsrechnung, die Geldflussrechnung, der Anhang wurde von Gruber Partner AG geprüft. Den Fokus hat die FGPK bei der Prüfung auf Abweichungen zum Budget 2023 vor allem auf Über- oder Unterschreitungen gelegt. Das Prüfungsurteil berücksichtigt zudem die Ergebnisse der externen Bilanzrevision gemäss § 16 FIV, welche durch Gruber Partner AG durchgeführt wurde. Aufgrund der Prüfung bestätigen wir, dass:

1. die Buchhaltung sauber und übersichtlich geführt ist;
2. die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung und die Bilanz mit der Buchhaltung übereinstimmen;
3. die Buchhaltung, die darstellende Vermögenslage und die Jahresrechnung den gesetzlichen Grundlagen und den reglementarischen Vorschriften voll und ganz entsprechen.

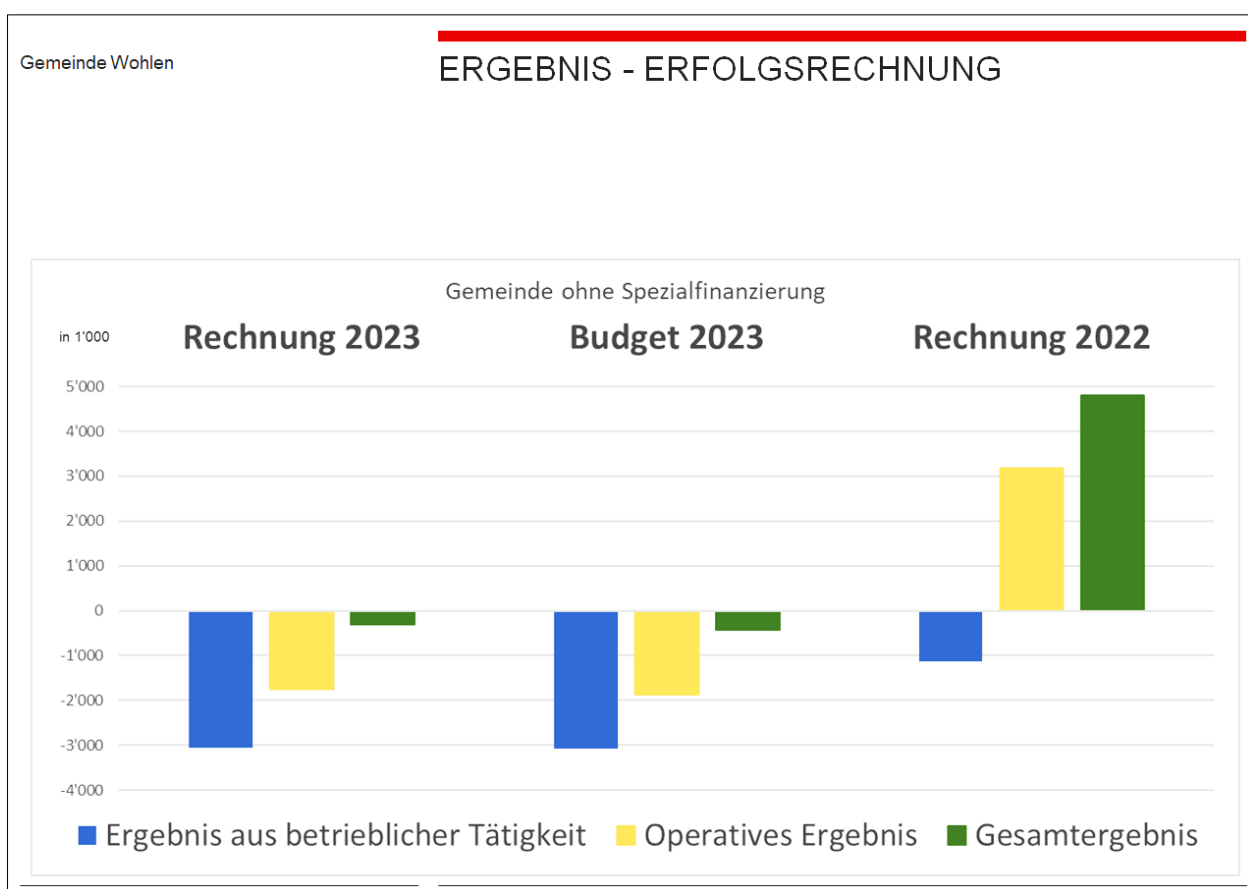
Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat die Genehmigung der Jahresrechnung 2023.

Geschäftsbericht

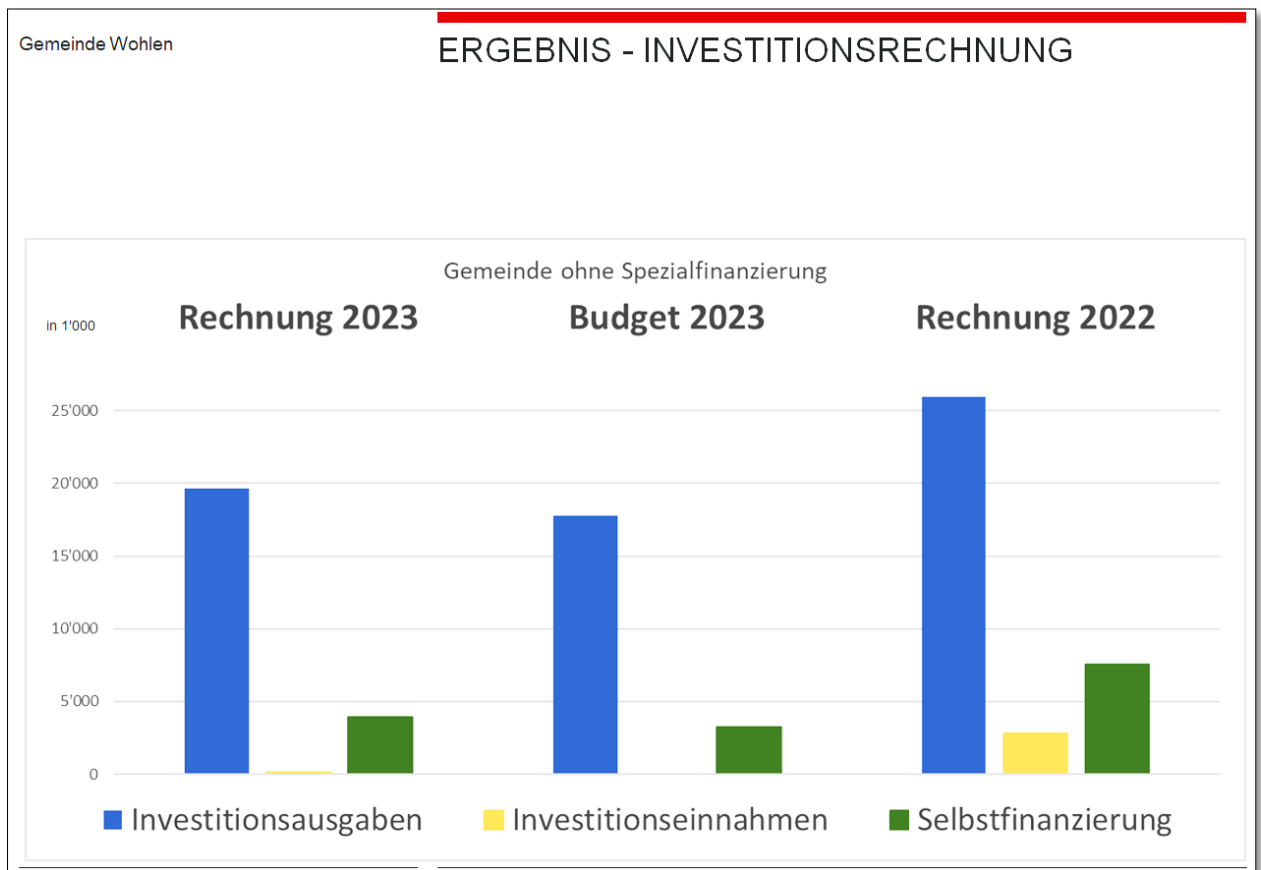
Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat bedankt sich herzlich für die positive Aufnahme durch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Das Ausbleiben von Fragestellungen bestätigt uns darin, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das dicke Werk nimmt Bezug auf die vielseitigen Tätigkeiten, welche die Gemeinde Wohlen erbringt. Der allergrösste Teil der finanziellen Mittel, welcher alle Jahre durch die Steuern vereinnahmt wird, ist darin in seinem Leistungsumfang abgebildet. Dieses Werk ist der Rechenschaftsbericht, der auch entsprechend zu würdigen ist. Dementsprechend freut uns die positive Aufnahme. Der Gemeinderat dankt an dieser Stelle ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre tägliche Arbeit im vergangenen Jahr – ohne sie wären die Leistungen nicht zu erbringen gewesen. Bitte denken Sie bei all Ihren Entscheidungen daran, dass hinter allen Berichten und Zahlen schlussendlich auch Menschen stehen, welche dies erarbeiten. In diesem Sinne danke ich herzlich für die positive Aufnahme.

Jahresrechnung

Strasser Denise, Gemeinderätin: Aufgrund des Umstandes, dass der Präsident der FGPK schon einiges gesagt hat und der Umfang der heutigen Traktandenliste gross ist, halte ich mich relativ kurz.



Bei der Erfolgsrechnung sind die beiden Vergleiche der Rechnung 2023 mit dem Budget 2023 und der Rechnung 2022 ersichtlich. Die Zahlen der Grafik sind alle ohne Spezialfinanzierung. Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit ist mit gerundeten CHF 23'000 leicht besser als budgetiert. Das operative Ergebnis, das ist das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit minus Finanzaufwand oder plus Finanzertrag, befindet sich mit CHF 118'640 über dem Budget. Die Rechnung 2023 schliesst mit einem Aufwandüberschuss CHF 314'431 gegenüber den budgetierten CHF 433'100 ab.



Die Rechnung 2023 weist Investitionsausgaben von CHF 19,7 Mio. aus. Budgetiert wurden CHF 17,8 Mio., CHF 16,2 Mio. für die Bildung, was CHF 1,8 Mio. mehr als budgetiert ist. CHF 145'899 sind Investitionseinnahmen, welche von den passivierten Einnahmen aller Haushalte stammen. Die Rechnung 2023 weist eine Selbstfinanzierung von CHF 4,6 Mio. aus und liegt somit, dank dem geringeren Aufwandüberschuss aus der Erfolgsrechnung, leicht über der Prognose.

Zu den Abweichungen über CHF 100'000. Eine Verbesserung von CHF 642'000 haben wir bei den Steuereinnahmen. Gewisse Positionen sind einfach schwer vorhersehbar. Bei den natürlichen Personen haben wir fast eine Punklandung hingelegt. Bei den juristischen Personen sind wir CHF 872'000 über dem Budget. Die Grundstückgewinnsteuer konnte den budgetierten Ertrag nicht ganz erreichen, hat jedoch den Vorjahresertrag übertroffen. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind mit CHF 512'000 deutlich über dem Budgetbetrag von CHF 300'000. Erfreulicherweise gibt es bei der materiellen Hilfe eine Verbesserung von CHF 589'000. Da die Prognose der Zuweisung von Schutzsuchenden mit Status S aus der Ukraine nicht eingetroffen ist, musste die zusätzliche Stelle für Betreuung und Beratung nicht besetzt werden, was einen grossen Teil betreffend die Verbesserung des Personalaufwands ausmacht. Bei den Steuern nahmen wir eine Reduktion des Delkredere in der Höhe von CHF 319'000 vor. Der Aufwand der externen Honorare sowie des gesamten Material- und Warenaufwands wurde nicht ausgeschöpft.

ABWEICHUNGEN ÜBER CHF 100'000

VERBESSERUNGEN	Re 2023	Bu 2023	Diff.	Re 2022
Steuern	44'942	44'300	642	44'113
Materielle Hilfe	3'511	4'100	-589	4'200
Personalaufwand	18'602	18'934	-332	17'452
Auflösung Wertberichtigung Steuern	-319	0	-319	71
Honorare externe Berater, Gutachter	655	930	-275	754
Material- und Warenaufwand	2'140	2'374	-234	2'138
			-2'391	
VERSCHLECHTERUNGEN	Re 2023	Bu 2023	Diff.	Re 2022
Restkosten Pflegefinanzierung	3'969	2'900	1'069	3'501
Wertberichtigung Beteiligungen	500	0	500	0
Ver- und Entsorgung Liegenschaften	1'460	988	472	1'259
Alimentenbevorschussung	399	278	121	411
Parkplatzgebühren	492	660	-168	449
Tatsächliche Forderungsverluste	366	254	112	326
Baubewilligungsgebühren	274	380	-106	463
			2'548	

Die Restkosten- und die Pflegefinanzierung weist eine grosse Differenz zum Budget, dafür eine kleinere Differenz zur Rechnung 2022, aus, da die Zahl der Rechnung 2022 für das Budget 2023 noch nicht vorlag. Dasselbe gilt für die Ver- und Entsorgung der Liegenschaften, da die Strom- und Gaspreise gestiegen sind. Bei den Parkplatzgebühren, darin enthalten sind die Parkplatzgebühren, der Ertrag der Parkkarten sowie der Ertrag der Tiefgarage – welcher dieses Jahr CHF 20'000 höher war – haben wir insgesamt CHF 43'000 mehr Einnahmen als im Jahr 2022 aber CHF 168'000 weniger als budgetiert. Die Baubewilligungsgebühren sind abhängig von der Anzahl und dem Umfang. Die Tatsache, dass die Anzahl der Baugesuche rückläufig ist, zeigt sich in der Jahresrechnung.

Bei der Sportpark Bünzmatt AG ist die Ausfinanzierung noch immer offen. Die erforderliche Beitragserhöhung wurde durch den Einwohnerrat nicht bewilligt, weshalb das Bankdarlehen nicht aufgenommen werden konnte. Ebenfalls noch offen ist der Beitrag der Gemeinde Bremgarten an die Eishalle. Im Gegenzug ist der Betrag der Gemeinde Wohlen an das Hallenbad Bremgarten noch offen. Die Sportpark Bünzmatt AG erwartet erneut keinen positiven Rechnungsabschluss für die Saison 2023/24. Da eine Überbewertung vorliegen würde, haben wir eine Wertberichtigung von CHF 500'000 vorgenommen. In der Zwischenzeit traf ein Postulat betreffend Liquidation der Sportpark Bünzmatt AG ein – ein Gedanke, welcher der Gemeinderat auch schon hatte. Die Darlehensschuld erhöht sich um CHF 10 Mio. und ist somit bei CHF 70 Mio. angelangt. Mit einem durchschnittlichen Zinssatz der Darlehen von 1,26% sind wir zurzeit noch gut bedient. Die Nettoschuld erhöht sich um CHF 15,5 Mio., sprich von CHF 40,5 Mio. auf CHF 56 Mio.

Sportpark Bünzmatt AG

- **Ausfinanzierung Investitionen Schwimmbad/Eishalle**
Rechnung von CHF 5'434'883.85 noch offen, noch kein Bankdarlehen
- **Beitrag Gemeinde Bremgarten an Eishalle**
Beitrag von CHF 250'000 offen. Im Gegenzug leistet die Gemeinde Wohlen einen Beitrag an das Hallenbad
- **Wertberichtigung Beteiligung**

Beteiligung zu 100%	CHF	3'000'000
Wertberichtigung im 2021	CHF	<u>1'000'000</u>
Buchwert seit 31.12.2021	CHF	2'000'000
Sportpark Bünzmatt AG - Eigenkapital am 31.3.2023	CHF	1'892'345
ÜBERBEWERTUNG	CHF	107'655
Ergebnisprognose Sportpark Bünzmatt AG – Verlust	CHF	450'000
Erhöhung Wertberichtigung auf CHF 1,5 Mio.	CHF	500'000

- **Darlehensschulden Erhöhung um CHF 10 Mio. auf CHF 70 Mio.**
- Liquidität um CHF 3 Mio. reduziert
- **Nettoschuld Erhöhung von CHF 40 Mio. auf CHF 56 Mio.**
- **Selbstfinanzierung CHF 3,9 Mio.**

- Aufwandüberschuss	- CHF	314'431.17
+ Abschreibungen	CHF	5'237'010.75
+ Wertberichtigung Beteiligung Sportpark	CHF	500'000.00
+ Einlage in Fonds /- Entnahme Fonds	- CHF	50'168.70
- Entnahme Aufwertungsreserve	- CHF	1'438'929.39
- **Normsteuerertrag praktisch unverändert – CHF 2'364 (CHF 2'343)**
eigene Berechnung

Die Selbstfinanzierung lässt sich mit dem Ergebnis, den Abschreibungen, der Wertberichtigung, den Einlagen oder Entnahmen aus Fonds und der Entnahme aus der Auswertungsreserve berechnen und ist im Jahr 2023 bei CHF 3,9 Mio. Mit CHF 2'364 ist der Normsteuerertrag praktisch unverändert. Mit einer Abweichung zum Budget von CHF 120'000 kann man fast schon von einer Punktlandung sprechen. Das Ergebnis wurde dank einer hohen Ausgabedisziplin erreicht. Es ist kein Jahresergebnis, welches zu Luftsprüngen anregt. Alles in allem ist der Gemeinderat zufrieden. Wir bitten um die Genehmigung der Jahresrechnung 2023.

Fraktionsmeinungen

Allenspach Simone, SP: Was für ein Gesamtwerk! Tolle Bilder, verständliche Grafiken sowie ausführliche und informative Berichte. Vielen Dank für das Zusammenstellen. Und jedes Jahr aufs Neue, bin ich – sind wir – beeindruckt vom Umfang der Dienstleistungen, die in Wohlen tagtäglich erbracht werden, damit alles rund läuft. Aufgefallen im Bericht sind mir ein paar interessante Punkte:

- So zum Beispiel, wie stark die Anzahl der Klassen seit zehn Jahren wächst – von dazumal 104 (2013), auf heute 123 Klassen. Das verlangt nach mehr Personal und Räumen. Ein Problem, dass wir noch heute in dieser Sitzung angehen werden.
- Das breite Angebot der Schulsozialarbeit, wie auch des VJFs, ist grossartig. Viele wichtige Bedürfnisse können damit gedeckt werden und Kinder und Jugendliche erhalten die (Frei-)Räume, die sie für ihre Entwicklung benötigen.
- Angebote wie Integration im Freiamt oder Anlässe rund um Kultur, Kunst, Sport und Freizeit bereichern unser Sozialleben. Vielen Dank an alle Freiwillige, die sich dafür einsetzen.
- Besorgniserregend ist der starke Anstieg der häuslichen Gewalt. Mit einem Anstieg von 53% innert zwei Jahren ist auch die Politik gefordert. Wegschauen geht nicht. In diesem Zusammenhang danken wir auch der Polizei und der Feuerwehr für ihre Arbeit und damit verbunden für den Schutz und die Rettung.
- Nicht vergessen gehen dürfen alle, die in Kommissionen, dem Wahlbüro, unserem Werkhof und sonst «hinter den Kulissen» agieren, denn ohne sie wäre das alles nicht so sauber oder überhaupt machbar. Merci für euren Einsatz.
- Nach rund 15 Jahren Planungszeit wurde das im Dezember noch erwartete Sanierungs- und Aufwertungsprojekt Zentralstrasse/Postplatz vom Einwohnerrat kurz darauf versenkt. Mit einer Kampagne, in einem bis dahin noch unbekanntem Ausmass für Wohlen, hat die Gegnerschaft die Abstimmung mit Angstmacherei für sich entschieden. Wohlen hat sich damit eine Aufwertung verwehrt und wird dennoch während Jahren Baustellen auf der Zentralstrasse und beim Postplatz haben, weil die Strassen sowieso für die Sanierungen aufgerissen werden müssen. Ausserdem verstösst Wohlen gegen das Behindertengleichstellungsgesetz, welches vorschreibt, dass der ÖV barrierefrei und für Menschen mit Beeinträchtigung grundsätzlich autonom nutzbar sein muss. Auch dort besteht zwingend und dringender Handlungsbedarf. Diese Anpassungen, all das geht nun Dank der Gegnerschaft der Abstimmung notabene vollumfänglich auf Kosten der Wohler Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, ohne Unterstützung von Bund und Kanton.
- Auf einer positiven Note abschliessend, fanden wir zwei Projekte noch nennenswert: Der Pilotversuch mit einer dynamischen Strassenbeleuchtung wurde gestartet. Wir freuen uns über das zeitgemässe Projekt und sind auf die Auswertungen der Anwohnenden im Sommer gespannt. Wertvoll sind auch kleinere Projekte mit grosser Wirkung. Wie zum Beispiel «Natur findet Stadt», indem kleinere und grössere Flächen in Siedlungsgebieten aufgewertet werden. Bewusstseinsbildung mit dem Natur- und Vogelschutzverein Wohlen.

Der Bericht zeigt noch viele, solch kleine, versteckte Geschichten auf. Und wie Gemeindeammann Arsène Perroud vorhin schon erwähnt hat, zeigt das Werk, wie vielfältig und divers die Gemeinde ist. Und wie unterschiedlich und breit gefächert die Bedürfnisse sind. In der Arbeit für diesen Rat, sollten wir uns das immer wieder bewusst machen und es in unsere Entscheidungen einfliessen lassen. Hier machen wir nicht nur Politik für unsere Mitglieder und Wähler, nicht nur für eine bestimmte Gruppe von abstimmenden Wohler, sondern für alle diejenigen, welche in dieser Gemeinde wohnen, arbeiten und ihr Leben verbringen. Das sollten wir immer vor Augen halten.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir möchten uns zuerst bei der Gemeindeverwaltung und allen Beteiligten für den Geschäftsbericht 2023 bedanken. Hinter dem Bericht steckt sehr viel Arbeit. Der Geschäftsbericht bildet gut ab, wie vielfältig unsere Gemeinde ist und wie viele Menschen tagtäglich dazu beitragen, dass wir in einer funktionierenden und lebendigen Gemeinde Wohlen leben dürfen. An dieser Stelle erwähnenswert ist eine Auswertung des Beratungsunternehmens Wüst und Partner betreffend hohe Lebensqualität bei tiefen Kosten – die NZZ hat am 30. März 2024 darüber berichtet. Nicht die grössten Städte der Schweiz haben am besten abgeschnitten, innerhalb des Kantons Aargau waren es auch nicht die teuren, urbanen Zentren wie Aarau oder Baden, nein, unsere Gemeinde Wohlen schafft es in die beste Kategorie der sehr tiefen Lebenserhaltungskosten. In die Auswertung eingeflossen sind folgende Werte: die Kosten für Wohneigentum und Miete, Einkommenssteuer, Krankenkasse, Pendlerkosten und Kinderzulagen. Wohlen befindet sich in der Region Nordwestschweiz sogar auf dem dritten Rang und damit auf einem Podestplatz.

Wir diskutieren hier im Einwohnerrat und generell in der Politik eher über negative, statt über positive Aspekte, was auch in der Natur der Politik – es geht ja darum, Probleme zu lösen – liegt. Zwischendurch ist es genauso wichtig, dass wir auf die positiven Dinge in Wohlen aufmerksam machen. Vergessen wir nicht die unschlagbare Lage mitten im Mittelland und den umliegenden Zentren, mit einer gleichzeitig günstigen Wohnsituation, vergessen wir nicht die zahlreichen Vereine, welche sich in unserer Gemeinde befinden und diese bereichern und vergessen wir schliesslich nicht alle diejenigen Menschen in der Gemeinde – vielleicht im Vergleich zu den Strassen – welche unsere Gemeinde wirklich ausmachen. Wir wagen zu behaupten, dass der Kern von unserem Land, also der Kern der Schweiz, durch Gemeinden wie Wohlen bestimmt wird. Es sind nicht unbedingt die grossen, teuren Städte mit möglicherweise segregierten Quartieren. Es sind Gemeinden wie Wohlen, in denen sich exemplarisch zeigt, dass Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen zusammenleben und gemeinsam in die Zukunft schreiten, was wir auch erwähnenswert finden.

Die Rechnung 2023 schliesst mit einem leichten Minus von CHF 300'000 ab. Ohne die Wertberichtigung bei der Beteiligung Schüwo Park, von CHF 500'000, wäre die Rechnung sogar positiv ausgefallen. Unsere Fraktion findet es erfreulich, dass der Steuerertrag über dem Budget liegt und die Sozialhilfekosten tiefer als geplant ausfallen. Da die Gemeinde die Kosten der Sozialhilfe nicht selbst beeinflussen kann, erfreut uns dieses Ergebnis besonders. Die positiven Entwicklungen werden leider durch negative Entwicklungen kompensiert. Besonders besorgniserregend für unsere Fraktion sind die stark angestiegenen Restkostenpflegefinanzierungen, wie wir es in der Präsentation der Gemeinderätin gesehen haben. Auch beim Budget dieses Jahres mussten wir dafür bereits mehrere hunderttausend Franken mehr budgetieren, was gerade deswegen problematisch ist, da diese Beträge so hoch sind, dass sie mehrere Steuerprozente ausmachen und die Gemeinde leider ebenfalls keinen Einfluss auf diese Ausgabeposten nehmen kann. Aus unserer Sicht muss das Thema der Restkostenpflegefinanzierung unbedingt mindestens auf kantonaler Ebene diskutiert werden. Falls dem Kanton die Hände in dieser Sache auch zu stark gebunden sind, könnte sich der Gemeinderat überlegen, ob man sich mit anderen Gemeinden koordinieren möchte, da diese unter derselben Situation leiden, oder beispielsweise über politische Vertretungen im Grossen Rat, welche eine Standesinitiative oder dergleichen lancieren können. So könnte das Thema der Restkosten auch ausserhalb der kommunalen Ebene diskutiert werden. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon wird die Jahresrechnung 2023 genehmigen.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Der Jahresbericht 2023 zeigt auf, was im vergangenen Jahr in Wohlen alles geleistet wurde. Das sind eindrückliche Zahlen und ein spannender Einblick in all die verschiedenen Bereiche und Aufgaben, welche eine so grosse Gemeinde wie Wohlen mit ihrer Verwaltung zu bewältigen hat. An dieser Stelle danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde für ihren tagtäglichen Einsatz, welche unsere Gemeinde so attraktiv und lebenswert macht. In Wohlen leben ist ein Vergnügen – finden wir. Weniger rosig ist die Finanzlage der Gemeinde, was die Jahresrechnung zeigt. Es ist nichts neues und auch nichts überraschendes. Der Finanzplan sagt die heutige Situation schon seit Jahren voraus. Wohlen befindet sich aktuell in einem Investitionszyklus und gibt viel Geld aus. Die Schulden steigen und liegen 2023 bei CHF 70,2 Mio. Die aktuelle Selbstfinanzierung von rund 3,9 Mio. reicht nicht einmal dafür aus, die jährlichen Abschreibungen abzudecken. Erfreulicherweise – man soll sich ja ab Kleinigkeiten freuen – ist der Normsteuerertrag der natürlichen Personen im letzten Jahr um rund CHF 14 gestiegen. Mit einem Wert von CHF 1'974 pro Einwohner liegt der Normsteuerertrag 22% unter dem kantonalen Durchschnitt. Für die Zukunft heisst das aus unserer Sicht (GLP/EVP), dass alle weiteren Investitionen kritisch hinterfragt werden müssen. Investitionen dürfen nur noch getätigt werden, wenn sie zwingend nötig sind – wie zum Beispiel Schulraum – oder wenn sie langfristige Ersparnis oder deutlichen Mehrwert bringen, wie möglicherweise den Ersatz von Naturrasen durch einen Kunstrasen. Gar nichts mehr zu investieren und die Infrastruktur verfallen zu lassen ist nicht in unserem Sinne. Wir sind überzeugt, dass das, genauso wie

provisorische Lösungen, langfristig viel teurer ist. Wichtig ist auch, dass es ein Ende des Grossinvestitionszyklus gibt, dieser sichtbar wird und dann die Amortisationsphase beginnt. Die Fraktion GLP/EVP genehmigt die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2023 einstimmig und werden der Abschreibung des Postulats 15030 zustimmen.

Kündig Adrian, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon dankt allen Beteiligten für die Erstellung dieses Jahresberichts. Ein umfangreiches Nachschlage- und Informationswerk mit insgesamt 199 Seiten wurde uns präsentiert – trotzdem sind wir dankbar, dass er dieses Jahr neun Seiten kürzer wurde. In der Einleitung steht, dass die Gemeinde erneut gewachsen ist und sich den Herausforderungen an die Infrastruktur stellen muss. Der Fokus müsse auf die personelle, wie auch auf die strukturelle Weiterentwicklung der Verwaltung sowie der Schule gelegt werden, was sicher korrekt ist und doch fordert unsere Fraktion einen Fokus im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. Auf den ersten Blick sieht die konsolidierte Jahresrechnung 2023 der Gemeinde im Vergleich zum Budget positiv aus. Der erzielte konsolidierte Gesamtverlust beträgt nur minus CHF 0,4 Mio. und nicht wie budgetiert CHF 1 Mio. Alles im grünen Bereich – könnte man meinen. Wir Wohler können weiterhin das Menü im 4-Sternehotel bestellen. Leider ist die Realität das pure Gegenteil. Wir Wohler sollten zuhause essen und das Geld sparen. Der Vergleich, der um die buchhalterischen positiven Beiträge aus den Entnahmen der Aufwertungsreserven und der Marktanpassung der Liegenschaften des Finanzvermögens im Jahr 2022, zeigt ein anderes Bild. Im Jahr 2022 hatten wir ein knapp positives Ergebnis von CHF 0.1 Mio. erzielt und im Jahr 2023 bereits ein Verlust von minus CHF 1,8 Mio. Die Abwärtsspirale bewegt sich. Die aktuellen Finanzverbindlichkeiten, sprich die Schulden von Wohlen betragen per 31. Dezember 2023 CHF 70,2 Mio., also CHF 10 Mio. mehr als im Vorjahr. Wir alle wissen, dass noch sehr grosse Investitionen hervorstecken – siehe Finanzplan. Unser Schuldenberg wächst und wir steuern langsam Richtung Abgrund zu. Wir sind nicht in der Lage, unseren Schuldenberg abzubauen. Die Selbstfinanzierung, sprich der Anteil an Eigenfinanzierung der Nettoschulden, lag 2023 bei 20%, im Vorjahr lag er noch bei 33% – das ist nicht so toll. Nur ein Fünftel aller Ausgaben finanzieren wir im Jahr 2023 selbst. Gemäss den kantonalen Richtlinien soll der Selbstfinanzierungsgrad nicht unter 50% liegen. Die Kosten steigen jährlich. Die zwei grössten negativen Positionen sind die Restkostenpflegefinanzierung in Alters- und Pflegeheimen, sie betragen CHF 4 Mio. Das ist CHF 1 Mio. mehr als budgetiert. Wie vorhin erwähnt, werden wir alle immer älter und Wohlen ist als Zentrumsgemeinde attraktiv für ältere Einwohner. Die Kosten für den Sportpark Bünzmatt sind CHF 0.5 Mio. höher als budgetiert. Es stellt sich die Frage, ob wir in Wohlen die finanziellen Mittel haben, alle unsere Sportanlagen und Sportvereine mit insgesamt CHF 2,7 Mio. jährlich zu unterstützen. Im Jahr 2023 gaben wir für den Sportpark Bünzmatt CHF 1,5 Mio., für das Sportzentrum Niedermatten CHF 0,7 Mio., für die Unterstützung der Vereine sowie dessen Sportplätze CHF 0,4 Mio. aus. Zurück zum Sportpark Bünzmatt AG: Die Forderung von CHF 5,4 Mio. gegenüber der Gemeinde ist noch nicht durch ein Bankdarlehen abgesichert. Gemäss Aussage hier im Einwohnerrat ist dies erst möglich, wenn die Gemeinde die volle Verlustdeckung übernimmt, was nicht der Fall ist. Auf der Ertragsseite haben Mehrerträge bei den Steuern im Umfang von CHF 0,6 Mio. gegenüber dem Budget von CHF 42,7 Mio. verbucht werden können – in etwa auf Kurs des Budgets. Wie wir alle wissen, liegt die Steuerkraft der natürlichen Personen mit ungefähr 35% unter dem kantonalen Wert. Der Steuerertrag von natürlichen Personen beträgt im Jahr 2023 CHF 1'974 pro Einwohner, was zu tief ist. Fazit: Um den finanziellen Bankrott von Wohlen abzuwenden, bitten wir euch, nur die notwendigsten Investitionen durchzuführen. Die anderen Investitionen müssen gestoppt oder verschoben werden – wie dies bereits kürzlich mit der Zentralstrasse passiert ist. Übrigens, sowohl der Einwohnerrat als auch die Bevölkerung haben Nein zur Zentralstrasse gesagt. Wir werden dem Geschäftsbericht mit Jahresrechnung zustimmen.

Schmid Patrick, Grüne: Auch wir Grünen bedanken uns herzlich für die Erstellung des Jahresberichts und der Rechnung. Man sieht, dass fleissig, produktiv und motiviert gearbeitet wird und dies trotz mancher widrigen Umstände, welche uns entgegenwehen. Ich gehe gleich zur Rechnung über und dies mittels der Fussballmetapher «Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.». Wir sehen, dass wir Jahr für Jahr bei der Rechnung tiefere Zahlen ausweisen und durch Finanzausgleichszahlungen darauf angewiesen sind, dass wir positiv abschliessen. Wir haben schon lange einen Finanzplan, welcher uns genau aufzeigt, wohin es geht. Nun schliessen wir mit einem leichten Minus ab und unsere Schulden steigen an. Wir haben im Einwohnerrat mutwillig das Abfallreglement versenkt, die notwendigen Steuerfussanpassungen abgelehnt – respektive gesenkt – wodurch wir in ein Minus geraten sind und nicht dazu kommen Schulden abzubauen. Obschon im Finanzplan – schon während vieler Jahre – die Werte abgebildet wurden. Wir sehen, wie gut die Gemeinde grundsätzlich rechnet. Beachtet man die geringe Summe, welche wir bei rund 150'000 Rechnungen überzogen haben, wurde sehr gute Arbeit geleistet. Ich bitte an dieser Stelle darum, dies bei den nächsten Budgetverhandlungen zu beachten. Damit wir höhere Einnahmen generieren können, ist leider eine Erhöhung des Steuerfusses und der Gebühren unumgänglich.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Die Mitte hat den Geschäftsbericht freudig entgegengenommen und findet diesen enorm gut, interessant – durfte ich vorhin bereits ansprechen – und ist für uns immer aufstellend. So gibt es für uns einen kleinen Wermutstropfen. Gerne würden wir im Geschäftsbericht schneller nachlesen, dass hängige Vorstösse bearbeitet worden sind und abgeschlossen werden können. Damit würde man uns eine grosse Freude bereiten. Die Mitte richtet an die Gemeindeverwaltung ein herzliches Dankeschön. Sie unternimmt und leistet viel – wir sind froh, dass wir sie haben. Auch wenn wir nicht immer dieselbe Meinung teilen, sagen wir danke für den super Geschäftsbericht!

Detailberatung

Seite 5 pendente Vorstösse in Zuständigkeit des Gemeinderates

Donat Ruedi, Die Mitte: Die am längsten hängige Motion wurde seit neun Jahren nicht traktandiert. 14 Vorstösse sind laut Geschäftsbericht im Verzug. Auch diese hätten längst traktandiert werden müssen, da nach der Überweisung, innert einem Jahr, ein Bericht und Antrag, beziehungsweise bei einem Postulat ein Bericht, erstellt werden muss. Die pendenten Geschäfte sind hierbei noch nicht einmal aufgelistet. Das sind nämlich die Geschäfte, welche eingereicht wurden, es aber beim Einwohnerrat noch nicht auf die Traktandenliste geschafft haben. Das in diesem Zusammenhang am längsten zurückliegende Geschäft ist vom 31. August 2020 und somit fast vier Jahre alt. Diese Geschäfte müssten nach Einreichung innert einem halben Jahr traktandiert werden. Auch hier sind zehn Geschäfte im Verzug, welche schon längst auf der Traktandenliste hätten stehen müssen. Unser Reglement schreibt vor, dass nach Einreichung eines Geschäfts, Postulate oder Motionen nach einem halben Jahr traktandiert werden müssen. Werden sie überwiesen, so müsste eigentlich bei einem Postulat nach einem Jahr Bericht erstattet werden oder ein Bericht und Antrag erstellt werden, damit wir darüber befinden können. Ich bitte den Gemeinderat eindringlich, dafür zu sorgen, dass die Listen entsprechend abgearbeitet werden.

Seite 181 Position 299 Bilanzüberschuss/-fehlbetrag

Stäger Dieter, FDP: Sie hören mich ab und zu am Rednerpult mit dem Appell, effizienter mit dem Geld, welches wir ausgeben, umzugehen. Ich gehöre auch zu denjenigen, welche das Geld lieber sparen, als es auszugeben. Auch bin ich einer derjenigen, der die Gemeinde gerne weiterentwickeln möchte. Wir haben heute Abend Investitionsvorhaben auf dem Tisch, bei welchen sicher wieder gemahnt werden wird, wie schlecht es uns geht und, dass wir diese Vorhaben finanziell nicht stemmen können. Ich möchte auf eine wichtige Zahl hinweisen. Diese Zahl finden Sie in dem Bericht auf Seite 181, ganz am Schluss der Bilanz. Es handelt sich um die Position 299 «Bilanzüberschuss Fehlbetrag». Wir haben einen Bilanzüberschuss von CHF 102 Mio. Der Bilanzüberschuss ist für das Abfedern allfälliger negativer Jahresergebnisse gedacht. Mit anderen Worten, man könnte noch einige Male ein Defizit verzeichnen, bevor wir wirklich ein Problem haben. Es gibt Gemeinden im Kanton Aargau, welche hier ein Minus haben. Ich möchte gerne das ewige Beklagen hier im Saal in Relation dazu stellen, dass es der Gemeinde gar nicht so schlecht geht. Ich denke, für Investitionen haben wir das Geld. CHF 100 Mio. an Bilanzüberschüssen stehen zur Verfügung.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Entgegennahme und Genehmigung der Jahresrechnung 2023*

wird einstimmig zugestimmt.

2. *Entgegennahme und Genehmigung des Geschäftsberichtes 2023*

wird einstimmig zugestimmt.

3. *Abschreibung des folgenden Vorstosses gemäss § 43 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Wohlen:*

Postulat 15030, Dieter Stäger, FDP, Peter Christen, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Verlagerung aller Repol-Arbeitsplätze an die Wilstrasse 57 (12.07.2022)

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 15101 Legislaturprogramm 2022-2025 – Stand der Umsetzung – Kenntnisnahme

Meier Valentin, FGPK: Die FGPK bedankt sich beim Gemeinderat für den Zwischenstand der Legislaturziele 2022-2025. Die spannende Zusammenfassung gibt Auskunft über die erreichten Ziele sowie diejenigen, welche noch auf dem Weg zur Erreichung sind. Hierbei wird sichtbar, dass wir uns immer wieder in verschiedenen Zielkonflikten befinden. So sieht man auf der einen Seite, was alles nötig wäre, und angepackt werden müsste und auf der anderen Seite stehen die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, über welche wir vorhin schon genug gesprochen haben. Ausserdem sind der FGPK die verschiedenen Detaillierungsgrade an Ausführungen der verschiedenen Abteilungen aufgefallen – vielleicht könnte man dies einheitlicher gestalten oder mit einem Ampel- oder Farbensystem arbeiten, sodass die noch nicht erreichten Ziele sofort ersichtlich sind. Die FGPK nimmt den Bericht und Antrag 15101 zu Kenntnis und freut sich über weitere erreichte Ziele.

Ich möchte gerne auch gleich für die SP sprechen, welche sich ebenfalls über den spannenden Bericht gefreut hat und sich dem Sprecher der FGPK anschliesst. Die SP nimmt den Bericht und Antrag einstimmig zur Kenntnis.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Herzlicher Dank für die Berichterstattung der FGPK. Gerne gebe ich Ihnen die Darlegung zum Zwischenstand des Legislaturprogramms 2022-2025 bekannt. Die Evaluation ist vor allem für den Gemeinderat wichtig, um sein Handeln kritisch zu beleuchten. Mit diesem Bericht legen wir Ihnen transparent dar, was erreicht wurde, welche Punkte noch schwierig sind und wo wir gut oder nicht gut vorankommen. Selbstredend sind alle diese Ziele sehr politisch und nicht immer nur abhängig vom Handeln der Verwaltung oder des Gemeinderates. Bei vielen Themen müssen Auswirkungen übergeordneter Natur getragen werden oder wurden durch politische Entscheidungen am Handeln verunmöglicht. Hinter diesen Legislaturzielen, wenn man diese detaillierter anschaut, stehen ganz konkrete Handlungsschritte, welche wir zusammen mit der Geschäftsleitung für die gesamte Gemeindeverwaltung festlegen. Wir haben versucht, eine Zusammenfassung der Informationen zu erstellen, dies im Wissen, dass das Werk sehr umfassend ist. Wie zu Beginn angesprochen, war es für uns wichtig, dass wir die Reflexion unseres Handelns ständig durchführen und die Informationen entsprechend transparent darlegen. Wir bedanken uns herzlich für die positive Kenntnisnahme des Zwischenstands der Erreichung der Legislaturziele 2022-2025.

Fraktionsmeinungen

Heinrich Daniel, Die Mitte: Das geniale Dossier zeigt auf, was die Gemeinde unternimmt, was sie anstösst, was sie rollend bearbeitet und wo es in Zukunft hingeht. Das Legislaturprogramm mit seinen Zielen und Umsetzungen ist ein sehr reichhaltiges Papier. Daher hat die Mitte einige Punkte des Legislaturprogramms mit seinen Zielen und Umsetzungen vertieft angeschaut. Erfreut hat uns, dass das interne Kontrollsystem (IKS) in allen Abteilungen umgesetzt wurde und die Kontrollabläufe laufend optimiert worden sind und werden, dass die Gemeinde Wohlen im Mandatsverhältnis die Geschäftsstelle REPLA Unteres Bünztal beherbergt und sich damit im besten Licht präsentieren kann, dass die Gemeinde unsere Sportanlagen als Standortvorteil präsentiert und versucht diese zu vermarkten, dass die Gemeinde Visionen und Vorgehensplanung zum Thema «Leben im Alter» mittels der vom Kanton entwickelten Instrumente miteinbezieht und versucht am runden Tisch unter Beteiligung aller Betroffenen Angebote zu prüfen und zu verbessern. Was uns nicht so gefreut hat ist, dass keine Zusammenfassung als Übersicht mit detaillierten Angaben vorhanden ist. Die Mitte nimmt das Legislaturprogramm 2022-2025 gerne zur Kenntnis.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Aus dem Legislaturprogramm kann sehr viel Positives, was unsere Verwaltung, der Gemeinderat und wir als Volksvertreter gut machen, herausgelesen werden. An dieser Stelle könnte ich eine lange Pause machen, jedoch gibt es bei dem ganzen Licht auch Schatten. Wir hätten vom Gemeinderat erwartet, dass der Fortschritt beim Isler-Areal bereits weiter sei. Auch hätten wir erwartet, dass der Gemeinderat die Weitsicht gehabt hätte, dass die Südumfahrung und die Zentralstrasse einen Zusammenhang haben – ich attestiere dem Gemeinderat ein fehlendes Engagement. Auch die aktuell

grössten Herausforderungen können aus dem Legislaturprogramm entnommen werden. Wir haben zwei ausgemacht: Das schlechte Haushaltsgleichgewicht. Im Bericht steht:

«Der Selbstfinanzierungsgrad von 4 bis 5 Mio. kann nicht erreicht werden.»

Der Grund ist die Lehrerbesoldung und die Restkostenpflegefinanzierung, welche beide Gründe beim Kanton sind. Der zweite Punkt: Der Kindergarten- und Schulraumbedarf, ein Thema, welches wir heute noch behandeln werden. Weiter ist dem Legislaturprogramm zu entnehmen, welche Projekte sich noch in der Pipeline befinden und auch, welche finanziellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Das wären Standort- und Wirtschaftsförderung, ein Entwicklungsschwerpunkt (ESP), ein kantonales Förderprojekt – Wohlen hat hierbei, zusammen mit Villmergen, den Zuschlag erhalten – Wohlen als Sportstadt (ein kantonale begleitetes Förderprogramm), «Leben im Alter», ein neuer Standort der Bibliothek, Bahnhof Süd, Freiverlad, AVA-Schienenverlegung, behindertengerechte Bushaltestellen, die Beschaffung klimaneutraler Kommunalfahrzeuge, die Renovation des Gemeindehauses und der Ersatzbau. Es sind genügend Ideen vorhanden, welche nicht alle gleichzeitig realisiert werden können, da das Geld fehlt. Nebst den Investitionen benötigen wir auch noch Geld für die Werterhaltung von Liegenschaften und Strassen. Die richtige Balance zu finden, in Abwägung, dass alle Bevölkerungsschichten gleichbehandelt werden, ist unsere Aufgabe, die Aufgabe des Einwohnerrates. Heute haben wir etliche Entscheidungen zu fällen, wir sind auf die Ergebnisse gespannt. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon nimmt das Legislaturprogramm nicht nur zur Kenntnis, sondern appelliert zudem zum Sparen.

Hauri Claudia, SVP: Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die Erstellung des Legislaturprogramms. Gemäss Bericht und Antrag 15105 ist das Legislaturprogramm ein Führungs-, Koordinations- und Kontrollinstrument. Mit diesem Dokument ist der erste Schritt, das Ziel zu erreichen, erledigt. Die Zielsetzung und der Stand der übergeordneten Ziele der Legislatur der einzelnen Ressorts sind in diesem Dokument einzeln, sehr detailliert und in kleiner Schrift beschrieben. Es stellt sich die Frage, wo der Gesamtüberblick zu finden ist. Auch stellt sich die Frage, wie mit Zielkonflikten – Stichwort Verschuldung versus Schulhausbauten – umgegangen wird. Müssen die einzelnen Abteilungen selbst entscheiden? Genau solche Richtlinien/Leitplanken fehlen in diesem Dokument. Aus meiner persönlichen Erfahrung als Finanzcontrollerin müssen auf einen Blick, über maximal zwei A4-Seiten, der Stand der übergeordneten Ziele, wo Zielkonflikte zu finden sind und wie damit umgegangen wird, wie priorisiert wird und welcher Zeithorizont gewählt wird, ersichtlich sein. Die aktuellen Ausführungen, die Dokumentation ist dann im Anhang, für allfällige Fragen, beizulegen. Nur so kann mit einem Legislaturprogramm geführt, koordiniert und kontrolliert werden. In diesem Sinn nimmt die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon das Legislaturprogramm zur Kenntnis und hofft, dass unserer Anregungen umgesetzt werden.

Schmid Patrick, Grüne: Auch wir von den Grünen nehmen das Legislaturprogramm, diesen Zwischenbericht, dankend und gerne zur Kenntnis. Man sieht, dass viel und aktiv gearbeitet wird. So finden wir viele konkrete Nennungen von Massnahmen, welche tatsächlich getroffen werden. In den vergangenen Jahren ist vieles geschehen. In der rollenden Planung sind vage Aussagen zu finden: Man sei in Absprachen und führe laufend Gespräche. Dies ist sicherlich auf den Umstand, dass die Priorisierung bei der Vielzahl an Geschäften sich laufend ändert, zurückzuführen. Wir bedanken uns für die Erstellung des Legislaturprogramms sowie der Analyse – weiter so!

Frischknecht Julia, GLP/EVP: Herzlichen Dank für die umfangreichen Infos zum Stand der Umsetzung der gesetzten Ziele in der Legislaturperiode 2022-2025. Obschon der Zwischenstand des Legislaturprogramms eine reine Kenntnisnahme ist, ist das Geschäft im Zuge der offenen Kommunikation und Transparenz dennoch von grosser Wichtigkeit und ein spannendes Tool, mit dessen Hilfe wir uns im Dschungel der einzelnen Tagesgeschäfte ab und an wieder auf einen höheren Baum klettern können und so einen Weitblick über das grosse Ganze bekommen können. Für einmal möchte auch ich es nicht missen, auf einige Punkte einzugehen, die unserer Fraktion besonders am Herzen liegen. Sieht man sich das Legislaturprogramm in Globo an, so haben sich für mich einige Themen herauskristallisiert, welche der Gemeinderat, die Gemeinde als Gesamtes, angehen möchte. Die Stichworte sind Vernetzung, Zusammenhalt und Austausch. Ich möchte kurz einige Gedanken zu den übergeordneten Zielen verlieren:

Die Fraktion GLP/EVP begrüsst im Bereich Verwaltungs- und Schulorganisation die stetige Erweiterung der ICT-Strategie. Auch wenn man den Satz: «Ab 2024 werden alle Publikationen konsequent digital veröffentlicht.» mit einem Sternchen und einigen Zusatzerklärungen versehen kann. Im Bereich «Eigenständiges Wohlen» finden auch wir die Ansiedlung wertschöpfungsintensiver Unternehmen wünschenswert. Die Realität ist aber, dass sich diese Unternehmen nicht nach Wohlen zwingen lassen. Vielmehr ist es von zentraler Bedeutung, mit den bereits anwesenden Unternehmen eine gute Zusammenarbeit zu pflegen,

um neuen Interessenten, neben einem guten Standort, auch am lebenden Beispiel zu zeigen, dass sich die Niederlassung in Wohlen auch aufgrund des guten Arbeitsklimas zwischen Firmen und Gemeinde lohnt. Wir plädieren in diesem Bereich dafür, das Gesamtbild im Auge zu behalten und so transparent und effizient wie möglich zu kommunizieren, um «Pflästerlipolitik» und panischen Aktionismus zu vermeiden. Zum Thema Zentrumsgemeinde möchte die Fraktion EVP/GLP den Gemeinderat ermutigen, sich als Zentrumsgemeinde nicht nur um die dadurch resultierenden Pflichten zu kümmern, sondern auch sicherzustellen, dass Wohlen auch gewisse Rechte gegenüber der Agglo Wohlen geltend machen kann. Dies vor allem dann, wenn es um Infrastrukturprojekte von regionaler Bedeutung geht. In den einzelnen Ressorts gibt es bestens bekannte Brennpunkte. Dazu zählt auch der Schulraum, welchen wir später noch behandeln werden. Auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, fordert die Fraktion GLP/EVP auch in diesen Belangen eine ganzheitliche Planung, die mit Ressourcen wie Zeit und Geld so schonend wie möglich umgeht und das aber auf keinen Fall zu Lasten der Kinder tut. Die relativ desolate Finanzlage – wir haben eben Relationen dazu gehört, wobei der Grundtenor klar ist – unserer Gemeinde ist ebenfalls kein Novum. Für die Fraktion EVP/GLP ist allerdings auch hier Weitsicht ein zentraler Punkt. Klare Fahrpläne und Strategien haben sich schon in der Vergangenheit als zielführende Kostensparer erwiesen. In manchen Fällen leider erst im Nachhinein, wie dem verpassten Landkauf an der Pilatusstrasse, bei welchem wir nur ein schmerzliches «was wäre gewesen, wenn?» beisteuern konnten. Solche Situationen möchten wir in Zukunft verhindern. Es gilt, bei zukünftigen Investitionen einen kühlen Kopf zu bewahren und so effizient und zielstrebig wie möglich zu arbeiten, um unnötige und teure Zusatzrunden umgehen zu können. Zusammengefasst plädieren wir noch einmal für den zeitgemässen Einsatz neuer Technologien in den Bereichen Kommunikation, Planung und Ressourcen und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf der Basis der ehrlichen und transparenten Kommunikation. Wir können es nur gemeinsam schaffen. Die Fraktion GLP/EVP nimmt den Stand des Legislaturprogramms zur Kenntnis.

Kenntnisnahme über den Stand der Umsetzung des Legislaturprogramms 2022-2025 in der ersten Hälfte der Amtsperiode.

Bericht und Antrag 15106 Schulzentrum Bünzmatt – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus mit Turnhalle**Rückweisungsantrag**

Heinrich Daniel, Präsident FGPK: Ich erzähle erst die Vorgeschichte. Wir haben in der Fraktion die Schulraum-Geschäfte diskutiert. Wir haben uns die Frage gestellt, was sein würde, wenn wir die Renovation als Option in Betracht ziehen. Dieser Diskussion ging die Erkenntnis um die schlechten finanziellen Verhältnisse voraus. Uns ist es wichtig zu wissen, dass wenn wir uns für die Sanierung der Schulhäuser entscheiden, dass dann alles in Ordnung ist und wir keine Angst haben müssen. Ich habe am Dienstag, zwischen 8.00 Uhr und 8.30 Uhr, telefoniert und versucht, Andreas Jauch, Abteilungsleiter Hochbau und Projektleiter, zu erreichen. Mir wurde freundlich mitgeteilt, er wäre an einer Sitzung und würde sich bei mir melden, was er prompt tat. Ich habe ihn gebeten, mir die Unterlagen, welche ich sehen wollte, per E-Mail zuzustellen. Wir führten eine Diskussion darüber, weshalb die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden sollten. Ich sagte, es gehe darum, dass wir die Unterlagen kontrollieren und studieren möchten. Andreas Jauch teilte mir klipp und klar mit, er müsse dies erst mit Thomas Burkard, Vizeammann, abklären. Ich stelle mir die Frage, weshalb. Als FGPK-Präsident habe ich die Kompetenz, Unterlagen einzufordern. Andreas Jauch entgegnete, dass man auch als FGPK-Präsident erst anfragen müsse. Kurz danach wurde ich darüber informiert, dass ich die geforderten Unterlagen bekomme. Am 19. Juni 2024 um 12.30 Uhr hatte ich die Unterlagen in meinem E-Mail-Postfach mit dem Hinweis, die Unterlagen vertraulich zu behandeln. Selbstverständlich ist, dass die Unterlagen bei mir – in meinem persönlichen Dossier – bleiben, damit ich diese studieren kann. Ich habe die Unterlagen studiert. Die Grobkostenschätzung, Vergleich Abriss/Ersatzbauten/Totalsanierungen. Beim Studium der Unterlagen, spät in der Nacht, habe ich festgestellt, dass mir nicht alle Unterlagen zum Schadstoffscreening vorliegen. Dies habe ich deswegen festgestellt, da im Inhaltsverzeichnis 26 Seiten aufgeführt sind, ich jedoch nur fünf bekommen habe. Mittels E-Mail habe ich noch in der Nacht erfragt, weshalb ich die Unterlagen nicht bekomme. Es gab eine Antwort. Ich habe gesagt, dass ich die fehlenden Unterlagen sowie zusätzliche Erdbebenertüchtigungsunterlagen haben möchte. Die Erdbebenertüchtigungsunterlagen habe ich bekommen und konnte diese studieren – es war mittlerweile Donnerstag geworden. Ich habe festgestellt, dass mir die Unterlagen zum Schadstoffscreening noch immer fehlen und daraufhin darum gebeten, dass mir die Unterlagen bis am Freitag um 12.00 Uhr zugestellt werden sollen. Am Freitag um 12.00 Uhr habe ich eine E-Mail mit dem Inhalt erhalten, ich könne mich bei der Bauverwaltung melden und mir die Unterlagen ansehen. Daraufhin habe ich mich nicht mehr gemeldet, da ich berufstätig bin. Ich komme zu einem Punkt, welcher für den Einwohnerrat wichtig ist und man nicht vergessen darf: Wir leben in einem Milizsystem, was bedeutet, dass wir nebenbei noch arbeiten.

Wenn wir im Einwohnerrat Dokumente prüfen müssen, so müssen wir dafür auch Zeit bekommen, damit wir die Sachverhalte auch richtig prüfen können. Ich als FGPK-Präsident nehme mir die Zeit, verlange bei eigener Unsicherheit Unterlagen und studiere diese. Bei grösserer Unsicherheit konsultiere ich das Internet, recherchiere, telefoniere und trage alles zusammen. Der Umstand, dass mir Unterlagen vorenthalten worden sind, welche ich studieren und recherchieren hätte können, ist für mich nicht erfreulich. Das ist nicht das erste Mal, dass ich das Gefühl habe, über den Tisch gezogen zu werden.

Bei der Kontrolle der Finanzen setzen wir uns – der FGPK-Präsident hat hierbei die Möglichkeit den Vizepräsidenten oder ein weiteres Mitglied der FGPK miteinzubeziehen – zusammen mit Herrn Güller, Chef Gruber Partner AG, welche die Revision der Gemeinde Wohlen durchführt. Herr Gruber hat mir mittels E-Mail versichert, dass ich die wichtigen Unterlagen der Finanzen zeitnah bekomme und wir eine aussagekräftige Diskussion führen können und ich mich richtig informieren kann. Ich hatte die Unterlagen vor der Sitzung nicht. Die Begründung war, ich hätte mich an den Gemeinderat wenden müssen, was für mich als FGPK-Präsident unverständlich ist.

Nachdem ich die Unterlagen studiert habe, stellte ich fest, dass gewisse Punkte möglicherweise zu einem Problem führen könnten. In Anbetracht dessen, dass die Gemeinde nicht viel Geld hat und bei einer Renovation etwas auftauchen könnte, was teuer werden kann, habe ich reagiert. In Anbetracht dessen, dass Neubauten gestellt werden sollen, welche nicht realisiert werden sollen, habe ich Fragen gestellt. Die FGPK stellt die Anträge, die folgenden Berichte und Anträge an den Gemeinderat zurückzuweisen:

- Bericht und Antrag 15106 Schulzentrum Bünz matt Verpflichtungskredit Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus mit Turnhalle
- Bericht und Antrag 15107 Schulzentrum Junkholz Verpflichtungskredit Neubau Zyklus 1 Schulhaus
- Bericht und Antrag 15108 Schulprovisorien Bünz matt und Junkholz Projektierungskredite

Der Gemeinderat erhält folgende Aufträge:

1. Gemäss Bericht und Antrag 15106 soll ein Neubau eines Schulhauses auf dem Areal Bünz matt genau dort erfolgen, wo der kantonale Kataster für belastete Standorte einen solchen belasteten Standort verzeichnet (frühere Deponie oder Ablagerungen). Vor einem Projektierungskredit für einen Neubau auf diesem Perimeter soll der Gemeinderat zunächst den Untergrund prüfen lassen (Standortanalyse) und dem Einwohnerrat die Ergebnisse präsentieren, insbesondere mit Deklaration der geschätzten Kosten für eine allfällige Sanierung vor einem Neubau.
2. Der Gemeinderat soll vor den Projektierungskrediten für den Neubau von Zyklus-1-Schulhäusern auf dem Areal Bünz matt und Junkholz für die sanierungsbedürftigen Schulhäuser Bünz matt 1 und 2 sowie Junkholz eine fundierte Schadstoffanalyse durchführen lassen und dem Einwohnerrat die Ergebnisse präsentieren, insbesondere bezüglich der Belastungen mit Asbest (inklusive Bodenproben).
3. Der Gemeinderat soll dem Einwohnerrat vor den Projektierungskrediten für den Neubau von Zyklus-1-Schulhäusern auf dem Areal Bünz matt und Junkholz eine aussagekräftige Variante mit Kostenvergleich zu den besagten Neubauten und vom Gemeinderat angedachte bevorstehende Sanierung der bestehenden Schulhäuser Bünz matt 1 und 2 sowie Junkholz unterbreiten. Und zwar eine Variante Abriss der bestehenden Schulhäuser Bünz matt 1 und 2 sowie Junkholz und nachfolgender Neubau an denselben Standorten; unter Einbezug aller Raumbedürfnisse gemäss Bericht und Antrag 15106 und Bericht und Antrag 15107 sowie unter Einbezug der Erkenntnisse gemäss Ziffer 1 und 2 hiervor.
4. Der Gemeinderat soll dem Einwohnerrat vor den Projektierungskrediten für den Neubau von Zyklus-1-Schulhäusern auf dem Areal Bünz matt und Junkholz einen Vergleich der Betriebskosten bei Umsetzung von Bericht und Antrag 15106 und Bericht und Antrag 15107 sowie der Betriebskosten gemäss Variante in Ziffer 3 hiervor unterbreiten. Auf 50 Jahre gerechnet.
5. Der Gemeinderat soll dem Einwohnerrat vor den Projektierungskrediten für den Neubau von Zyklus-1-Schulhäusern eine Variante für den Fall aufzeigen, wenn die Gemeinde im Gebiet Farn (aus welchen Gründen auch immer) kein Schulhaus bauen kann.

Die FGPK hat per WhatsApp der Stellung des Rückweisungsantrages zugestimmt. Nun steht der Antrag im Raum und die Gemeinde soll uns Antwort geben, damit wir den Bericht und Antrag deponieren können. Sind die Antworten des Gemeinderates zufriedenstellend, so können wir darüber nachdenken, den Antrag zurückzuziehen. Ich möchte niemanden über den Tisch ziehen, sondern lediglich wissen, was uns erwarten wird. Ich denke, wir sind es dem Souverän schuldig, welcher erwartet, dass wir bei Problemen reagieren. Mir ist bewusst, dass der Antrag sehr kurzfristig eingereicht wurde. Am Dienstag habe ich begonnen daran zu arbeiten, am Samstag hatte ich alle nötigen Unterlagen beisammen und die WhatsApp-Umfrage erstellt. Am Sonntag haben wir weitergearbeitet und gestern Nacht um 22.15 Uhr den Gemeinderat sowie die Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten informiert. Die FGPK hat rund zwei Stunden vorher eine E-Mail mit dem Antrag erhalten – einzig eine Person hat direkt reagiert.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat das Votum betreffend die Rückweisungsanträge zweigeteilt. Ich werde mich zum Prozess bezüglich Prüfung der Geschäfte beziehungsweise dem Prozess betreffend eines Rückweisungsantrags äussern. Materiell zu den einzelnen Fragestellungen wird Vizeammann Thomas Burkard Stellung nehmen. Die drei Geschäfte, bei welchen Rückweisungsanträge

vorliegen und etliche Abklärungen eingefordert werden, liegen der FGPK seit dem 17. April 2024 zur Prüfung vor. Dieser Zeitraum deckt sich mit der Auflagefrist für die Mitglieder des Einwohnerrates. Die Geschäfte wurden an der Sitzung der FGPK vom 25. April 2024, in Anwesenheit der entsprechenden Fachpersonen, ausführlich diskutiert. Überraschenderweise wurden die Geschäfte nach der Sitzung verschoben, da man anscheinend, trotz umfangreicher Detaildiskussionen, zu wenig Zeit für eine Prüfung hatte. Am 6. Juni 2024 wurden die Geschäfte durch die FGPK erneut und in Anwesenheit der Fachpersonen ausführlich diskutiert. Im Zeitraum zwischen der ersten und der zweiten Sitzung der FGPK, den sechs Wochen, wurden keinerlei Anfragen an den Gemeinderat gerichtet und auch niemand ist vorbeigekommen, um sich die Unterlagen anzuschauen und sich vertieft damit zu befassen. Der FGPK- und Fraktionspräsident der Mitte, Daniel Heinrich, ist am Dienstag nach der Fraktionssitzung mit Fragen betreffend Schadstoffanalysen, Zustandsanalysen und weiteren Fragen betreffend die Schulzentren an den Gemeinderat gelangt. Wie er selbst ausgeführt hat, wurden ihm die Unterlagen, nicht ganz zu seiner Zufriedenheit, ausgehändigt. Die im Rückweisungsantrag aufgeworfenen Fragen waren zu keinem Zeitpunkt Bestandteil der FGPK-Debatte. Geschätzte Damen und Herren, vor allem aber geschätzter Herr FGPK-Präsident, die Fragen und die Aufträge, welche im Rückweisungsantrag formuliert werden, hätte der Gemeinderat ohne Probleme kurz klären und beantworten können, was wir heute Abend sicher noch machen. Die Fragen hätten an einer der ordentlichen FGPK-Sitzungen oder an der Informationsveranstaltung gestellt werden können. Keine 24 Stunden vorher solche Rückweisungsanträge sowie Fragen zu stellen, geht einfach nicht. In der Politik gibt es Regeln zur Zusammenarbeit der Fraktionen im Einwohnerrat. Eine dieser Regeln ist, dass die FGPK die Geschäfte im Auftrag des Einwohnerrates vorzeitig, vertieft und abschliessend prüfen kann, damit sich die Fraktionen eine Meinung bilden können, wofür der Austausch mit dem Gemeinderat zwingend ist. Ich garantiere Ihnen, wir stehen jederzeit für diesen Austausch zur Verfügung und stellen uns sämtlichen kritischen Fragen. Mit keiner einzigen Silbe wurden die jetzt aufgetauchten Fragen und Anträge während den Beratungen der FGPK thematisiert. Mit diesen überraschenden Rückweisungsanträgen leistet man der Wohler Politik einen Bärendienst. Ich kann es nur noch einmal bekräftigen, wenn für Sie Fragen im Raum stehen, welche für die Beratung beantwortet sein müssen, wenden Sie sich bitte an uns. Schlussendlich wollen wir seriöse Arbeit leisten, die Geschäfte darlegen und die Fragen beantworten können. Mit diesen kurzfristigen Aktionen helfen Sie weder den Fraktionen noch dem Gemeinderat – uns stört es noch am wenigsten – aber für die Gemeinde Wohler leisten Sie einen Bärendienst. Soweit zum Prozess. Zu den einzelnen Rückweisungsanträgen wird Vizeammann Thomas Burkard Stellung nehmen.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich nehme namens des Gemeinderates Stellung zum Rückweisungsantrag sowie den fünf weiteren genannten Anträgen der FGPK. Zu den Anträgen:

Im Rahmen des Vorprojekts zur Untersuchung des Baugrundes sind solche Untersuchungen vorgesehen. Gemäss Altlastenkataster handelt es sich um einen geringfügig belasteten Standort. Es handelt sich um die geringste Belastungsstufe. Es sind keine schädlichen oder lästigen Einwirkungen zu erwarten und es besteht keinen Anlass zur Überwachung oder Sanierung. Es handelt sich um eine Bauschuttdeponie aus den 1920er/1930er Jahren mit sehr geringer Belastung. Es wird ausreichen, den Aushub zu untersuchen und fachgerecht zu entsorgen. Die Kosten der Altlastenbeseitigung im Untergrund dürften sich im fünfstelligen Bereich bewegen. Zudem kann ich anmerken, dass bei den Zyklus-1-Schulhäusern kein Kellergeschoss geplant ist. Wir gehen entsprechend nicht tief in den Untergrund und bleiben mit dem Erdgeschoss an der Oberfläche.

Hierbei geht es um die sogenannte Schadstoffanalyse, zu welcher ich eine Klammerbemerkung anbringen möchte: Das Schadstoffscreening ist vertraulich. Das Screening wird, unabhängig davon ob der FGPK-Präsident oder ein Mitglied des Einwohnerrates dieses einverlangt, nicht ausgehändigt – weder physisch noch elektronisch. Was der FGPK-Präsident unterschlagen hat, ist, dass ihm eine fünfseitige Zusammenfassung des Schadstoffscreenings, sowohl für das Schulzentrum Bünzmatte wie auch das Schulzentrum Junkholz, unterbreitet wurde. Dies zur Klarstellung. Der FGPK-Präsident wurde dazu eingeladen, jederzeit im Gemeindehaus vorstellig zu werden, um sich zu informieren – das muss reichen! Der heute bekannte Sanierungsaufwand aufgrund von Schadstoffen beim Bünzmatte 1 und 2 (inklusive Aulatrakt) beträgt CHF 350'000. Beim Junkholz betragen die Kosten CHF 750'000. Diese beiden Zahlen sind die beiden wichtigen in Zusammenhang mit dem Schadstoffscreening. Im Rahmen des Vorprojekts für die Sanierung der Schulhäuser, sind vertiefte Sondagen zusätzlich vorgesehen. Dies jedoch erst im Rahmen des Vorprojektes. Erfahrungsgemäss sind jedoch keine zusätzlichen Kosten zu erwarten.

Hierbei geht es um die Variante des Abrisses oder den Neubau im Vergleich zu der Sanierung der Anlagen Bünzmatt und Junkholz. Die Kostenvergleiche fallen deutlich zu Gunsten der Sanierung beider Schulzentren aus. Beim Schulzentrum Bünzmatt würde ein Ersatzneubau mit Raumprogramm, Erweiterungen und so weiter, CHF 51,5 Mio. kosten. Die Sanierung (inklusive der Provisorien sowie das Abbrechen des Neubaus) des Schulzentrums Bünzmatt würde CHF 28,25 Mio. kosten. Wir haben also eine klare Stellungnahme zugunsten der Sanierung. Sanierungen sind im Allgemeinen, verglichen mit Ersatzneubauten, kostengünstiger. Dies gilt nicht nur für Schulbauten. Beim Schulzentrum Bünzmatt ist die Sanierung rund 70% kostengünstiger und beim Schulzentrum Junkholz rund 46%. Dazu kommt, dass Neubauten, welche die bestehenden Bauten ersetzen und gleichzeitig den zusätzlichen Raumbedarf abdecken sollten, grössere und länger stehende Raumprovisorien benötigen würden – ein wesentlicher Faktor für die hohen Kosten. Beides würde zu Monsterprojekten führen, einerseits der Neubau und andererseits das Aufstellen der Raumprovisorien. Am Beispiel des Schulzentrums Bünzmatt würde sich die Frage stellen, wohin genau die Provisorien platziert werden sollen – eine heikle Frage. Es würde bedingen, dass man für die Ersatzneubauten eine neue Machbarkeitsstudie durchführen müsste, was mindestens ein halbes Jahr Zeit in Anspruch nehmen würde.

Die Betriebskosten von totalsanierten Gebäuden und Ersatzneubauten sind fast gleich hoch. So sehen es auch die Fachspezialisten der Abteilung Liegenschaften und Anlagen. Entscheidend sind aber auch die Finanzierungskosten, welche bei einem Neubau ins Feld geführt werden müssten und später, nach Abschluss des Baus, die Abschreibungen, welche bei einem Neubau wesentlich höher ausfallen würden. Durch die sehr hohen Kosten von Ersatzneubauten werden die Finanzen der Gemeinde über die nächsten 35 Jahre sehr viel stärker belastet.

Hierbei geht es um das Gebiet «Farn» und es stellt sich die Frage, was der Gemeinderat machen würde, wenn das Zyklus 1 und 2 Schulhaus nicht gebaut werden könnte – aus welchen Gründen auch immer. Mangels geeigneter Landreserven müsste der Schulraum an den bestehenden Standorten Junkholz und Bünzmatt realisiert werden, da aktuell die Schülerinnen und Schüler des Farns die beiden Schulzentren besuchen. Sie besuchen nicht die Halde, sondern das Junkholz oder die Bünzmatt, diese Möglichkeiten haben sie. Sprich, man müsste baulich erweitern, was an beiden Standorten zu noch mehr Bauvolumen und noch weniger Freiraum führt. Wir haben jetzt schon das Problem, dass die Schulzentren sehr dicht sind und wenig Platz vorhanden ist. Der Gemeinderat empfiehlt den Rückweisungsantrag sowie die einzelnen Anträge abzulehnen.

Fraktionsmeinungen

Parvex Olivier, GLP/EVP: Gerne nehme ich als Fraktionspräsident der GLP/EVP Stellung. Unsere Fraktion ist gegen den Rückweisungsantrag. Wir verstehen nicht genau, weshalb eine knappe Mehrheit der FGPK-Mitglieder das Geschäft zurückweisen möchte. Es geht hierbei um drei Projektierungskredite, bei welchen alles klar ist und die Fakten dazu schon lange auf dem Tisch liegen. Alle Unterlagen konnten während der Aktenauflage studiert werden. Weitere, tiefere Abklärungen müssen sowieso im Verlauf der Projektierung gemacht werden, so, dass wir und das Stimmvolk über die eigentlichen Bauprojekte entscheiden können. Im Weiteren hat die FGPK die Projektierungskredite gemäss Protokoll – wir haben es bereits von Gemeindegammann Arsène Perroud gehört – zweimal an einer ordentlichen FGPK-Sitzung behandelt und gemäss diesen Protokollen war eine Rückweisung, bis heute, nie ein Thema. Woher dieser plötzliche Rückweisungsantrag auftaucht, ist für unsere Fraktion unklar und nicht nachvollziehbar. Für unsere Fraktion erweckt es den Anschein, dass man versucht, die Projektierungskredite möglichst lange zu verzögern, da man die Schulhäuser nicht haben möchte. Dies geht zu Lasten unserer zukünftigen Schulkinder. Unsere Fraktion sagt nein zu diesem Rückweisungsantrag sowie den fünf Unteranträgen und möchte mit den dringenden Geschäften fortfahren.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Mit dieser Rückweisung verschleppen wir die wichtige und dringend nötige Planung des Schulraums. Mit jeder Verzögerung werden die aus unserer Sicht wichtigen Geschäfte immer teurer. Wir Grünen werden dieser Rückweisung nicht folgen. Wir bitten den Einwohnerrat, diesem Rückweisungsantrag nicht zu folgen.

Meier Valentin, SP: Ich spreche für die Fraktion der SP. Ich bin Fraktionspräsident der SP und – wie Olivier Parvex auch – Mitglied der FGPK. Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Die FGPK

hatte an zwei Sitzungen Zeit, mit verschiedenen Expertinnen und Experten zu diskutieren und sich zu informieren. Wie wir vorhin gehört haben, konnte man seit April die Unterlagen studieren und/oder anfordern. Es ist nur ein Teil der FGPK-Mitglieder mit diesem Rückweisungsantrag, welcher sehr kurzfristig und ohne Sitzung zustande kam, einverstanden. Ich finde diesen Umstand, bei diesen wichtigen Geschäften, ein schlechtes Zeichen gegenüber der Bevölkerung, welche wir allenfalls mit im Boot brauchen. Nicht zuletzt, denken Sie bitte daran, dass das Hinausschieben unseren Schülerinnen und Schülern schadet. Zur Erinnerung: Es handelt sich erst um Projektierungskredite. Bei den Berichten und Anträgen werden wir mitreden dürfen und können Details klären. Ich bin der Ansicht, dass sich die Projektierungskredite bereits in einem bewundernswerten Detaillierungsgrad befinden. Um dem Eindruck, welcher vorhin aufgetaucht ist, dass seitens der Verwaltung Unterlagen bewusst zurückgehalten werden, um jemanden über den Tisch zu ziehen, entgegenzuwirken, möchte ich persönlich sagen, dass ich als Mitglied der FGPK immer sehr schnell bedient werde, meine Fragen beantwortet werden und ich die notwendigen Unterlagen bekomme. Wir werden dem Rückweisungsantrag einstimmig nicht zustimmen und bitten Sie, dies ebenso zu tun.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich vertrete die Meinung der Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon und schliesse mich den vier Vorrednern an. Im Namen der Fraktion bedanke ich mich bei Gemeindeammann Arsène Perroud und Vizeammann Thomas Burkard für die sehr, sehr spontane Antwort auf die doch sehr ausführlichen Fragen, welche die FGPK sehr kurzfristig beziehungsweise gestern Abend um 22.00 Uhr gestellt hat. Für uns ist der Prozess, wie er von der FGPK aufgegleist wurde, der falsche Weg. Wir bedanken uns bei Vizeammann Thomas Burkard für die Ausführungen zu den fünf Punkten, diese genügen uns. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon wird sich einstimmig gegen den Rückweisungsantrag aussprechen.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Man kann über das Vorgehen der FGPK sowie des Präsidiums gespaltener Meinung sein. Es ist jedoch ehrbar, wenn jemand genauer hinschauen möchte. Ich bedanke mich für die Ausführungen von Gemeindeammann Arsène Perroud und Vizeammann Thomas Burkard. Wir haben die eine oder andere neue Information erhalten. Der Gemeinderat muss sich nicht wundern, wenn man relativ kurz, spitz Anträge und Fragen einreicht, wenn im Bericht und Antrag zum Projektierungskredit zum Schulhaus Bünzmatt – dem Zyklus-1-Schulhaus – keine einzige Silbe dazu steht, dass man das Schulhaus auf einem Perimeter bauen will, welcher durch den kantonalen Kataster für belastete Standorte als belasteter Standort ausgewiesen wird. Auch wenn diese Belastung nur geringfügig ist, so wurde diese im Bericht und Antrag schlichtweg nicht erwähnt – das ist schlecht! Man kann von einem Einwohnerrat oder einer Einwohnerrätin nicht erwarten, dass diese selbst den Kataster prüfen und alle möglichen Unterlagen im Internet zusammensammeln muss. Das ist eine Bringschuld des Gemeinderates, welcher im Voraus bereits deklariert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen dort bauen. Aber wir haben den Vorbehalt anzubringen, dass es sich um einen belasteten Standort handelt und wir dies noch genauer anschauen müssen. Eine Sanierung könnte etwas kosten. Im Bericht und Antrag steht jedoch nichts, gar nichts! Das ist nicht die feine Art.

Dem FGPK-Präsidenten vorzuwerfen, er käme mit seinen Anträgen wie die alte Fasnacht daher und sei etwas zu spät unterwegs, finde ich in diesem Kontext nicht ganz fein. Was uns seitens des Gemeinderates unterbreitet worden ist, ist schön und gut aber doch nicht ganz plausibel. Nehmen wir beispielsweise die Variante Abriss der bestehenden Schulhäuser Bünzmatt 1 und 2, man baut die bestehenden Abteilungen neu auf, dazu kommt das Zyklus-1-Schulhaus mit geplanten 13 Abteilungen. Rechnet man dies zusammen, kommt man insgesamt auf 30 Abteilungen – Irrtum vorbehalten. Die Zahl 30 habe ich immer wieder zu hören bekommen. Nehmen wir die Zahl, welche uns der Gemeinderat immer präsentiert hat, CHF 1,1 Mio. pro Abteilung und multipliziert diese mit 30, so erhält man CHF 33 Mio. und nicht CHF 51 Mio., wie Vizeammann Thomas Burkard dies gesagt hat. Rechnen wir zusätzlich die Turnhalle, die Aula, die Abrisskosten sowie die Provisorien mit ein, kommt man maximal auf CHF 40 Mio. Wie man auf CHF 51 Mio. kommt, ist mir schleierhaft. Hierbei hat man, mit dem «Schreckgespenst» eines Abrisses, zu hoch gegriffen.

Ich komme noch zu den Betriebskosten. Es ist nicht plausibel, dass alles an einem Standort etwa gleich teuer ist, wie wenn man alles an drei Standorten betreibt, auch mit den Abschreibungen eingerechnet – verstehe ich natürlich schon. Auf 50 Jahre gerechnet, meine ich, können die Betriebskosten eines einzelnen Gebäudes tiefer gehalten werden, im Kanton Aargau gibt es viele solcher Beispiele. Oberrohrdorf reissst beispielsweise sein 60-jähriges Schulhaus ab, vergleichbar mit Bünzmatt 1 und 2 und baut, erweitert mit einem grösseren Raumbedarf, ein neues Schulhaus. Da immer gesagt wurde, es werde graue Energie vernichtet – andere Gemeinden machen dies auch. Ich komme zum Schluss, dass das, was der FGPK-Präsident vorgeschlagen hat, nicht so daneben ist.

Parvex Olivier, GLP: Mein Einzelvotum halte ich im Namen und mit der Unterstützung der Minderheit der FGPK. Wir sind mit dem Rückweisungsantrag in erster Linie nicht aus inhaltlichen Gründen nicht einverstanden, sondern aufgrund des unseriösen Zustandekommens des Antrags. Der vorliegende Rückweisungsantrag wurde in der FGPK nie besprochen, schon gar nicht an einer ordentlichen Sitzung. Die Mitglieder der FGPK haben eine WhatsApp-Umfrage mit dem Titel «*Wer ist für den Rückweisungsantrag?*» erhalten. Nach der Abstimmung auf WhatsApp hat man den Rückweisungsantrag als fixfertige Tatsache serviert bekommen. Den Antrag haben wir vorgängig nicht gesehen und konnten dazu auch keine Stellung nehmen. Wenn eine so wichtige Kommission wie die FGPK damit beginnt, so zu arbeiten, hat sie bald keine Legitimation mehr. Inhaltlich kann man sich für eine Rückweisung aussprechen, kein Thema. Es muss jedoch an einer offiziellen Sitzung besprochen werden und darf nicht auf dem Latrinenweg erfolgen. Erst recht dann nicht, wenn das Traktandum bereits zwei Mal an einer ordentlichen Sitzung traktandiert wurde und eine Rückweisung nie ein Thema war. Die Demokratie hat Spielregeln, halten wir uns daran, erst recht, wenn wir ernstgenommen werden wollen. Noch eine Bemerkung zu Harry Lütolf. Wenn ich mich recht erinnere, gibt es in den Unterlagen einen Plan, auf welchem «belasteter Standort» steht – hätte man die Unterlagen angeschaut und gelesen, dann wüsste man das.

Christen Peter, SVP: Nach einem solchen Messerstich in den Rücken, welcher gerade eben passiert ist, würde ich, und ich war auch eine Zeit als FGPK-Präsident tätig, sofort den Rücktritt einreichen. So hätte ich kein Interesse mehr daran, weiterhin in einer FGPK zu arbeiten.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich möchte gerne Stellung nehmen. Es sind zwei Dinge vorgefallen, mit welchen ich nicht einverstanden bin.

Vizeammann Thomas Burkard hat mir gesagt, ich hätte hier etwas unterschlagen, was nicht stimmt. Ich habe Ihnen klipp und klar gesagt, dass ich in Zusammenhang mit dem Schadstoffscreening nicht alle Unterlagen erhalten habe. Unterschlagen habe ich nichts.

Einzelne Mitglieder der FGPK kamen vor der ersten Sitzung auf mich zu und teilten mir mit, dass sie es nicht schaffen, das umfangreiche Geschäft zu studieren. Sie haben keine Ahnung, wie gross das Geschäft ist, wenn man es intensiv anschauen möchte. An der ersten Sitzung habe ich als FGPK-Präsident gesagt, dass wir das Geschäft diskutieren werden, und gab den Mitgliedern, welche auf mich zukamen, mehr Zeit. Was absolut richtig ist, ist, dass wir anlässlich der ersten Sitzung mit den entsprechenden Fachleuten diskutiert haben. Ich habe an der ersten Sitzung der FGPK den Mitgliedern den Auftrag erteilt, nach Hause zu gehen, das Geschäft in den Fraktionen zu diskutieren, Fragen zu stellen und sich mit den Unterlagen auseinanderzusetzen. An der zweiten Sitzung der FGPK hat niemand etwas angebracht – das ist Fakt! An der zweiten Sitzung hätte ich den Stichtscheid gehabt. Es waren nicht alle Mitglieder anwesend, Mitglieder waren für und gegen den Antrag, es gab eine Enthaltung. Ich hätte an dieser Stelle den Entscheid fällen können, dass wir das Geschäft erst im November bringen. Der Vorwurf, dass ich etwas verschleiern, verzögern oder nicht haben möchte, ist nicht wahr. Ich möchte Schulräume, ich möchte gute Schulräume und Kinder, welche Freude daran haben, in die Schule zu gehen. Aber, ich habe auch ein Kostenbewusstsein. Sobald ich das Gefühl habe, es könnte ein Problem geben, so schaue ich mir die Dinge genauer an. Das Volk hat für die Projekte aufzukommen. Die offenen Punkte haben in einem neuen Bericht und Antrag dargelegt zu werden. Es geht mir nicht darum, etwas zu verstecken oder dass ich etwas nicht haben möchte. Wir brauchen Schulräume, das wissen wir alle. Es stellt sich die Frage, wie wir den Schulraum finanzieren.

Aus diesen Gründen verbiete ich mir diese Anschuldigungen. Der letzte Satz. Ich habe den FGPK-Mitgliedern meinen Antrag geschickt, gewartet und am Sonntagabend in meinem Büro weitergearbeitet. Um 22.15 Uhr hat sich erst ein Mitglied gemeldet. Von den übrigen Mitgliedern habe ich nichts gehört. Ein Mitglied hat sich sogar erst heute Morgen gemeldet. Im Anschluss habe ich die Anträge an den Gemeinderat geschickt. Ich wollte es nicht über den Latrinenweg überbringen. Hätte ich den Latrinenweg gewählt, hätte ich das Geschäft nach der zweiten Sitzung der FGPK versenkt und gesagt, dass wir das Geschäft im Dezember behandeln sollen.

Stäger Dieter, FDP: Daniel Heinrich, ich schätze Sie wirklich sehr, aber in diesem Fall muss ich erwähnen, dass mich das Vorgehen sehr verärgert hat, da ich mich als Mitglied des Einwohnerrates auch gerne vorbereiten möchte. Insbesondere dann, wenn man weiss, dass bereits zwei Sitzungen der FGPK zusammen mit dem Gemeinderat und dem Verwaltungspersonal stattgefunden haben, fehlt mir jegliches Verständnis für das Vorgehen. Nur weil man zuvor zu wenig Zeit hatte, sollte man nicht den Betrieb und die Weiterentwicklung der Projekte aufhalten – das kann ich nicht unterstützen. Und wer Mitglied der FGPK ist – Peter Christen, der eine oder andere hier im Saal und ich selbst waren bereits dabei – weiss, dass es viel Arbeit bedeutet. Die Zeit muss man sich nehmen, wenn die Geschäfte auf dem Tisch liegen, Daniel Heinrich.

Sobald die Deadline verstrichen ist, entscheiden wir, und führen nicht am Sonntagabend eine Abstimmung über eine Rückweisung durch. Ich bin der Meinung, dass dadurch unsere Demokratie sowie der Ratsbetrieb ziemlich strapaziert wird. Den Rückweisungsantrag werde ich mit Sicherheit ablehnen.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich möchte den Rückweisungsantrag mit allen drei Anträgen zurückziehen und möchte protokolliert haben, dass die fünf Punkte im Bericht und Antrag festgehalten sind und wir die Antworten dazu bekommen.

Läufer Marc, Präsident: Ich halte für das Protokoll fest, dass Daniel Heinrich, Präsident FGPK, folgende Anträge zurückzieht:

1. Rückweisungsantrag betreffend Bericht und Antrag 15106 Schulzentrum Bünzmatt – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus mit Turnhalle
2. Rückweisungsantrag betreffend Bericht und Antrag 15107 Schulzentrum Junkholz – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus
3. Rückweisungsantrag betreffend Bericht und Antrag 15108 Schulraumprovisorien Bünzmatt und Junkholz – Projektierungskredite

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich nehme Stellung zu den CHF 51 Mio., welche Harry Lütolf angezweifelt hat. Es handelt sich um eine einfache Rechnung. Der Ersatzneubau in der Bünzmatt kostet CHF 33,2 Mio. – eine Grobkostenschätzung – darin enthalten sind 20 Abteilungen plus Aula, die Raumprovisorien für 20 Abteilungen (inklusive Aula) für CHF 7,2 Mio. sowie zusätzlich der Abbruch der Bünzmatt 1 und 2 (inklusive Aula) für eine Million – dies ergibt CHF 33,2 Mio. Wie kommen wir auf CHF 51 Mio.? Es handelt sich um die CHF 18 Mio., welche für den neuen Zyklus 1 Bau «Bünzmatt» veranschlagt sind. 33 und 18 ergibt zusammen bekannterweise 51.

Heinrich Daniel, Präsident FGPK: Die FGPK steht dem Verpflichtungskredit für die Schulhäuser im Bünzmatt, im Junkholz – mit den Provisorien – positiv gegenüber. Wir wollen, dass es weitergeht und kostenbewusst gearbeitet wird. Mehr kann ich zu diesem Thema nicht sagen.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Mit der Kenntnisnahme des Berichts zur Schulraumstrategie durch den Einwohnerrat im letzten Herbst, hat der Gemeinderat die erste Stufe der Planung für zwingend nötige Schulbauten abgeschlossen. Die zweite Stufe beinhaltet als nächsten Planungsschritt die Prüfung der Machbarkeit der aufgeführten Standorte und auch anderer noch unbekannter und unbenannter Standorte zu untersuchen. Durch die Abteilungen Raumplanung und Volksschule hat der Gemeinderat diese Aufgaben erfüllt. Die Stufe drei war für den Gemeinderat, die Planung der Standorte unter Einbezug des GOV und Mitwirkung möglicher Landbesitzerinnen aufzugleisen sowie das Einholen der Berichte und Anträge für Planungskredite beim Einwohnerrat. Auch dies hat der Gemeinderat gemacht. Bei der Stufe vier geht es in Richtung Realisierung. Aber so weit sind wir noch nicht. Es gibt noch einige Hürden zu überwinden. Eine haben wir schon genommen. Es ist Vieles berichtet, diskutiert, unwissend kolportiert und auch mit Emotionen gespielt worden. Heute liegen fundierte Dokumente auf dem Tisch und doch glauben einige, noch etwas Besseres aus dem Hut zaubern zu können oder sind in einer Verzögerungstaktik gefangen. Fakten sind:

- Das Wachstum der Bevölkerung bedingt Erweiterungsbedarf an Schulraum
- Viele Kindergärten sind von der Substanz und den räumlichen Gegebenheiten nicht mehr wirtschaftlich zu sanieren
- Die bestehenden Schulanlagen bedürfen einer grosszyklischen Sanierung
- Die Bildungslandschaft hat sich verändert

Eine Pflichtaufgabe der Gemeinde ist es, genügend Schulraum zur Verfügung zu stellen. In den nächsten 15 Jahren wird unsere Gemeinde laut Prognosen um 500 Kinder wachsen oder in Schulklassen ausgedrückt für 29 Klassen mehr Schulraum benötigen. Statistisch gesehen ist unsere Gemeinde mit ihrer Zentrumsfunktion in der Region auch nach 2037 als stabil mit weiterer Wachstumstendenz zu bezeichnen.

Der hohe Sanierungsbedarf einiger Kindergärten, wie auch die dezentrale Lage, ist teurer in der Sanierung als ein Neubau. Die Kindergarten-Gebäude des GOV können oder werden anders eingesetzt. Ideen sind bereits einige vorhanden, so zum Beispiel die Tagesstrukturen. Eine attraktive Wohngemeinde kommt nicht darum herum, Tagesstrukturen anzubieten. Die Gemeinde hat heute schon eine Leistungsvereinbarung mit der kits GmbH, die unter anderem Räume in den Schulhäusern mietet, um diesen hohen Bedarf an Betreuungsplätzen anzubieten.

Es findet eine Veränderung bei der Bildungslandschaft statt. Ich konnte die Frage lesen, weshalb Wohlen eine Vorreiterrolle bei den Zyklusschulhäusern einnehmen möchte. In den meisten Gemeinden sind die Kindergärten nahe den Schulanlagen und innerhalb der Gebäude zyklusorientiert unterwegs. Also leider keine Vorreiterrolle. Heute haben wir eine Chance für die weitere Entwicklung der Volksschule gute Grundlagen zu erwirken. Eine Zusammenarbeit nach entwicklungspsychologischen Phasen des Kindes ergibt Sinn, berücksichtigt die individuelle Lernentwicklung, ergibt eine bessere Verknüpfung von Fachbereichen, orientiert sich an nationalen und internationalen Bildungsstandards und nimmt die gesellschaftliche Veränderung auf. Das nennt sich Zyklusorientierung. So wird heute Schule gemacht!

Geld spielt keine Rolle. Wie bitte? Selbstverständlich spielt das Finanzielle eine bedeutende Rolle. Genau deswegen legt der Gemeinderat keine übrissenen Projekte vor, darum bauen auf der eigenen Wiese, darum wird der Raumbedarf auf das Allernötigste reduziert, darum leben wir die Zusammenarbeit innerhalb der Zyklen. Und zum Schluss: der Einwohnerrat darf/muss heute entscheiden. Sie sind die Vertretenden der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Nutzen Sie die Gelegenheit dazu,

- den Aufwuchs in den kommenden Jahren mit adäquaten Räumen abzufangen (vor allem im Farn benötigen wir zwingend einen Doppelkindergarten bis 2026);
- die ersatzbedürftigen Kindergärten mittels Zyklusschulhäusern zu erneuern, damit auch die teuren Mieten einiger Kindergärten aufgelöst werden können (übrigens ist das ein Auftrag des Einwohnerrates);
- und den Sanierungsbedarf der Besandesbauten anzugehen. Das geht leider nicht ohne Provisorien.

Der Gemeinderat bittet um Zustimmung für alle vier Schulprojekte.

Fraktionsmeinungen

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Zur Definition «Strategie» aus Wirtschaftskreisen: *«Strategie ist die Kunst und die Wissenschaft, alle Kräfte eines Unternehmens so zu entwickeln und einzusetzen, dass ein möglichst profitables, langfristiges Überleben gesichert wird.»* Wir kennen den Status Quo der Kindergärten, die Schulstrategie und allgemein die aktuelle Situation der Schule Wohlen. Dies, dank dem informativen Anlass, initiiert durch die Gemeinde und der SLK. Alle damals anwesenden Einwohnerräte und Einwohnerinnen wurden sehr ausführlich und kompetent informiert. Die Schule Wohlen ist zahlenmässig ununterbrochen am Wachsen. Die Kids brauchen Platz, der Schulraum ist knapp geworden. Unsere Fraktion spricht sich für die Schulraumstrategie aus. Der grösste Treiber für dieses Geschäft ist das Bevölkerungswachstum. Alle früheren Prognosen stimmen, die Schülerzahlen steigen. Auch mein Schulzimmer füllt sich immer mehr – zurzeit unterrichte ich 24 Realschülerinnen und Realschüler und dies ist keine Ausnahme! Die Zahlen zeigen weiterhin nur in eine Richtung: nach oben; plus 29 Abteilungen in den kommenden 15 Jahren. Wir haben nun die Verantwortung, dass die Kinder, welche in vier oder fünf Jahren in den Kindergarten eintreten, dies auch können. Doch in welches Gebäude treten sie ein: in einen maroden Kindergarten, der dringend saniert und an den Lehrplan 21 angepasst werden muss? Oder treten diese Kinder in ein neues, allen aktuellen pädagogischen und räumlichen Anforderungen angepasstes, Zyklus-1-Schulhaus ein? Beide Varianten kosten Geld, das wissen wir. Die Kinder, sie kommen, und wir sind der Meinung, dass das zyklus-orientierte Arbeiten unter einem Dach von grossem Vorteil ist. Nicht nur pädagogisch, sondern auch finanziell und effizient, vor allem für die Bauphase. Momentan ist eine Zusammenarbeit unter den Kindergärtnerinnen kaum möglich, da die Gebäude zu weit voneinander wegliegen. Durch eine Bündelung der Kindergarten wird auch der Übergang für die Kinder vereinfacht, da die Kindergärtner sehen, wohin es für sie gehen wird. Der Kindergarten ist seit Jahren Teil der Volksschule und gehört somit auch örtlich, in Bezug auf die Gebäude gesehen, in die Volksschule. Gebündelt in einem Gebäude, jedoch verteilt im Dorf: Farn, Halde, Junki, Anglikon und Bünzmatt. Mit dieser Strategie werden viele Herausforderungen angegangen. Die Schulraum-Not wird mit kostengünstigen Zyklus-1-Schulhäusern gelindert. Das Portemonnaie der Gemeinde wird geschont, da auf gemeindeeigenem Land kosteneffizient gebaut wird. Der GOV ist weiterhin im Boot, da er das Angebot der Tagesstrukturen nahe an den Schulzentren weiterführen wird. Dies wiederum ist für viele Eltern ein Kriterium nach Wohlen zu ziehen, was dann wieder Steuerertrag

liefert. Ein weiterer wichtiger Punkt dieser Schulraumstrategie ist, dass wir Lehrerinnen und Lehrer für unsere Gemeinde gewinnen können, wenn wir ihnen eine moderne Arbeitsumgebung zur Verfügung stellen. Ich habe selbst diverse Studentinnen und Studenten ausgebildet, welche genau aufgrund der Infrastruktur und der Team- und Zusammenarbeit innerhalb der Schule Wohlen geblieben sind. Das Zyklus-1-Schulhaus-Modell wird all diesen Begehren gerecht. Wir wollen keinen teuren Flickenteppich, sondern eine ganzheitliche Lösung für unsere Gemeinde, das ist wünschenswert. Nun zum Schluss, und nochmals zur Definition des Wortes «Strategie»: Wir müssen unsere finanziellen Kräfte so einsetzen, dass ein profitables, langfristiges Schul-Überleben gesichert ist, auch für unsere Kinder und Enkel. Unsere Fraktion stimmt den Anträgen 15106, 15107, 15108 grossmehrheitlich zu.

Arnet Martina, SP: Dass Wohlen mehr Schulraum braucht, ist unbestritten. Die Schüler- und Schülerinnenzahlen steigen. Es braucht mehr Klassen, welche wiederum mehr Platz benötigen. Heutzutage muss ein Schulhaus anderen Ansprüchen gerecht werden als beispielsweise vor 50 Jahren. Die Klassen sind kleiner, brauchen deswegen aber nicht weniger Platz. Damit eine gute Lernatmosphäre entstehen kann, bei welcher die Kinder sowohl sozial als auch fachlich, ihrem Niveau entsprechend, gefördert und gefordert werden können, braucht es genug grosse Schulzimmer, Gruppenräume, Zimmer für Fachunterricht, für Schulische Heilpädagoginnen und Schulische Heilpädagogen, DAZ-Lehrpersonen, Schulsozialarbeiter und so weiter. Die Projektierungskredite ermöglichen, dass genau solche Schulhäuser geplant und gestaltet werden können. Die zwei neuen Schulhäuser, wie auch der Doppelkindergarten im Farn, bieten zusätzlich genug Platz für mehr Abteilungen und können so die steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen auffangen. Natürlich benötigt es für die Dauer des Baus Provisorien, in welchen die Klassen vorübergehend unterrichtet werden können. Aus den genannten Gründen wird die SP-Fraktion allen vier Projektierungskrediten einstimmig zustimmen.

Büchi Roland, SVP: Ich äussere mich zuerst generell zur Schulraumplanung, sprich zu allen Geschäften der Schulraumplanung. Die SVP erkennt ein gewisses Bevölkerungswachstum und ist somit im Grundsatz nicht gegen zusätzlichen Schulraum. Zuletzt hat sie bei den letzten Grossprojekten der Schule im Halden Hand geboten. Aber erst, nachdem eine Mehrheit im Einwohnerrat den Gemeinderat zurückgepfiffen hat. Danach setzte man sich gemeinsam an einen Tisch und erarbeitete ein Projekt, worauf man heute stolz sein darf. Was passiert aktuell? Als ob der Gemeinderat nichts gelernt hat, setzt er seine Macht durch und geht diesmal noch einen Schritt weiter. Er ändert seine über Jahrzehnte bewährte Strategie mit den Kindergärten in den Quartieren. Wohlen soll beim Bau von Zyklus-1-Schulhäusern eine Vorreiterrolle übernehmen, heisst es aus dem Gemeinderat. So ein Blödsinn! Wohlen kann sich die Zyklus-1-Schulhäuser gar nicht leisten, die eingeschlagene Strategie vom Gemeinderat ist falsch und wird die Gemeinde Wohlen an die Wand fahren. Die Kindergärten sind seit Jahrzehnten in den Quartieren verankert, von den Eltern durch ihre kurzen Distanzen geschätzt und vom gemeinnützigen Ortsverein (GOV) erfolgreich betrieben. Eine solche Richtungsänderung mit Kosten von mehreren Millionen und einem gravierenden Einfluss auf den zukünftigen Steuerfuss, darf nicht in einem Sololauf des Gemeinderates entschieden werden. Diese Projekte gehören wieder an einen runden Tisch und müssen zusammen mit den Parteien, dem GOV und der Schule erarbeitet werden. Die SVP hat die Standortstrategie Schulraumplanung mit Zyklus-1-Schulhäusern und Doppelkindergarten immer kritisch hinterfragt. Zu diesen Themen wurden von uns etliche Vorstösse im Einwohnerrat eingereicht. Genau aus diesem Grund verlangten wir einen Planungsstopp. Alle Vorstösse wurden abgewiesen oder schlecht geredet. Im Grossen Rat habe ich zu den Zyklus-1-Schulhäusern eine Interpellation eingereicht und hoffe, zeitnah eine Antwort zu bekommen. Ich bin sicher, der Kanton wird sich zu dieser Richtungsänderung zurückhaltend zeigen. Darum, und aus den oben genannten Gründen, wird die SVP sämtliche Geschäfte, welche die Schulraumplanung betreffen, heute Abend ablehnen. Wir hoffen auf die Unterstützung anderer Parteien und, dass Sie sich zurückerinnern, wie das Projekt Halde zustande gekommen ist. Nur gemeinsam erzielen wir eine annehmbare und bezahlbare Lösung zum Wohle der Wohler Steuerzahler.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gerne nehme ich noch kurz zum Geschäft 15106 Stellung. Der Standort von diesem Schulhaus ist falsch. Jedes neue Schulhaus auf einer grünen Spielwiese lehnen wir ab. Innenverdichten soll auch bei der Schule gelten. Eine einfache Turnhalle zu bauen ist unnötig. Wir haben bereits zwölf Turnhallen, die letzte wurde vor zwei Jahren für CHF 18 Mio. gebaut. Turnunterricht muss nicht nur in der Halle stattfinden und wenn man die Auslastung der Turnhallen betrachtet, ist noch viel Luft vorhanden. Die Schule soll zuerst ihren Bedarf überarbeiten und seine Strukturen anpassen. Auch dieses Geschäft lehnen wir, wie alle anderen Geschäfte zur Schulraumplanung, ab.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Die kommenden drei Geschäfte betreffend den Schulraum liegen uns Grünen besonders am Herzen. Wir wollen alle drei Geschäfte im Gesamten unterstützen. Der Gemeinderat und die entsprechenden Abteilungen der Verwaltung haben uns mit den Berichten und Anträgen detailliert und transparent aufgezeigt, mit welchen Massnahmen wir die zurzeit herrschende, dringende Schulraum-

Not zukünftig in den Griff bekommen. Die Prognosen, welche in den vergangenen Jahren immer präzise gewesen sind, zeigen uns klar eine stark steigende Schülerzahl auf. Uns ist es wichtig zu betonen, die Schülerinnen und Schüler sind unsere Zukunft, die Bildung unser höchstes Gut. Eine gute Schulbildung ist der Schlüssel zu einer verantwortungsvollen Gesellschaft. Wir wollen den Wohlerinnen und Wohler aufzeigen, dass es sich bei den vorgeschlagenen Lösungen um keine Luxusvarianten handelt, im Gegenteil. Die geplanten Bauten sind mit CHF 1,1 Mio. pro Abteilung sehr schlank berechnet. Der Schulraum wird dringend benötigt. Die Kindergartenstandorte, welche sich im Besitz des Gemeinnützigen Ortsvereins (GOV) befinden, können in der Zukunft wertvollen Raum für die Nutzung der Tagesstrukturen bieten. Uns ist bewusst, dass einige Kindergartenkinder zu Fuss eine längere Strecke in das vielleicht neue Zyklus-1-Schulhaus zurücklegen müssen. Es ist aber auch so, dass viele Kinder einen kürzeren Schulweg hätten, was die Argumentation wieder aufhebt. Dem Einwohnerrat muss klar sein, dass wir bei einer Ablehnung mit Provisorien und hässlichen Containerlösungen vielleicht anfänglich weniger Geld ausgeben werden aber auf Dauer, und hier möchten wir warnen, wird alles sehr viel teurer werden. Sparen können wir damit sicher nicht. Ich möchte euch an das Debakel «Planung Bezirksschule an der Pilatusstrasse» erinnern. Die Integration des Kindergartens in der Schule, sprich die Umsetzung des Zyklus-1, ist für uns eine sehr gute Sache. Die seit Jahren sanierungsbedürftigen Kindergartengebäude sind nicht wirtschaftlich und pädagogisch nicht mehr wertvoll. Die Räume sind viel zu klein und bieten für einen angemessenen Unterricht keine zeitgemässen Verhältnisse. Es fehlen Räume für die Fachlehrpersonen, so zum Beispiel für das konzentrierte Lehren der deutschen Sprache. Auch fehlen Räume für genügend Bewegung. Die Zahl der Kinder mit einer Beeinträchtigung, welche im Kindergarten integriert werden, steigt Jahr für Jahr. Die Integration ist kaum mehr umzusetzen. Die gesamte Klasse leidet, die einzelnen Kinder, die Eltern und auch die Lehrpersonen, welche nicht mehr im Stande sind, ihren Auftrag zu erfüllen. Wir wollen die gute Qualität, welche dank der vielen engagierten Lehrpersonen des Kindergartens Wohlen immer noch herrscht, nicht aufs Spiel setzen. Wir sind gespannt, mit welchen umsetzbaren Lösungen und Ideen die SVP in Zusammenhang mit ihrem angekündigten Referendum kommen wird. Lassen wir die Schule Wohlen nicht im Stich.

Zum Verpflichtungskredit Bünz matt und Junkholz. Gemäss Machbarkeitsstudie zur Projektierung betreffend das neue Zyklus-1-Schulhaus, mit den beiden vorgeschlagenen Lösungen auf der Wiese des Areals Bünz matt und auch die Lösung im Junkholz – die mit der integrierten Turnhalle – werden Synergien genutzt. Es ist jedoch darauf zu achten, dass möglichst viele Grünflächen für den Aufenthalt der Schülerinnen und Schüler geplant wird. Mit der kompakten und funktionellen Bauweise und den tiefen Kosten der Projekte, sind wir sparsam unterwegs. Die Fraktion der Grünen unterstützt die Verpflichtungskredite zur Projektierung der Schulhäuser einstimmig.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich werde in meinem Votum ebenfalls das Projekt Kindergarten Farn inkludieren, da dies für unsere Fraktion dazugehört. Das Zusammenlegen der Kindergartenstandorte mit Zyklus-1-Schulhäusern ergibt aus organisatorischen und finanziellen Gründen mehr Sinn, wie wenn die Gemeinde Wohlen in einzelne ältere Kindergärten investiert. Wir investieren lieber in wenige, grössere Schulräume, als dass wir kleinräumig über die ganze Gemeinde verteilen. Das kostet die Gemeinde im Endeffekt weniger. Zudem sind die Zyklus-1-Standorte im Betrieb flexibler und effizienter. Die Schule kann besser auf Personalausfälle reagieren und den Austausch zwischen den Lehrpersonen stärken, was insgesamt zu attraktiveren Arbeitsbedingungen beiträgt. Durch die geplante Schulraumstrategie werden an den bisherigen Standorten des GOVs Räumlichkeiten frei, welche allenfalls für die Tagesstrukturen genutzt werden können. Die Tagesstrukturen sind ein immer stärker nachgefragtes Angebot, welche zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen. Innerhalb der nächsten Jahre müsste die Gemeinde sowieso Räumlichkeiten für Tagesstrukturen organisieren. Kann man dazu bisherige Kindergartenstandorte nutzen, muss die Gemeinde nicht zusätzlich teure Räumlichkeiten für Tagesstrukturen bauen oder mieten. Wir begrüssen sehr, wenn die Gemeinde Wohlen das Ziel verfolgt, den eigenen Schulraum zu besitzen, statt auf teure Mietverhältnisse einzugehen. Teure Mietverhältnisse, wie beim Kindergarten Bärholz, müssen unbedingt möglichst bald beendet werden. Langfristig ist es immer günstiger, eigenen Schulraum zu besitzen, statt von Mietverträgen abhängig zu sein, welche obendrein Rendite auf Kosten der Gemeinde einstreichen. Dazu kommt, dass die Landreserven und Zonen von Wohlen für alternative Lösungen stark eingeschränkt sind. Wir haben schlicht keine Lösungen an alternativen Standorten. Das Aufstocken bestehender Schulgebäude, wie wir es bereits von Seiten der SVP gehört haben, ist deutlich teurer, wie man beim Halde-Schulhaus sieht, als der geplante Bau auf der grünen Wiese, weshalb es uns überrascht, dass sich die SVP auf einmal für eine finanziell teurere Version ausspricht. Die Zyklusorientierung der Schule ist keine Neuerfindung von Wohlen. Im von der Bevölkerung angenommenen Lehrplan 21 findet sich das Zyklusdenken mit den drei Zyklen der Volksschule. Schlussendlich kann die Gemeinde Wohlen das Anwachsen der Schülerzahlen leider nicht beeinflussen, auch wenn wir das anders haben wollen. Wir müssen auf diese Entwicklung zwingend reagieren, da das Auffangen mittels Provisorien auf Dauer nicht praktikabel und längerfristig teurer ist. Die Energieeffizienz solcher Provisorien ist sehr schlecht und sobald sie

verschoben werden müssen oder etwas daran geändert werden muss, werden sehr schnell grosse Beträge fällig. Schenkt man den Prognosen zu den Schülerzahlen Glauben, bleibt uns schlicht nichts anderes übrig, als in den nächsten Jahrzehnten die Millionen in die Hand zu nehmen. Es ist ein Irrglaube, dass mit einem Nein etwas gespart werden kann. Die Gemeinde Wohlen wird so oder so Millionen investieren müssen. Die Frage stellt sich nur, ob wir uns für den günstigeren Plan A entscheiden oder analog zum Halde-Schulhaus über einen teureren Plan B. Unsere Fraktion stellt klar Bedingungen an den Gemeinderat. Wir erwarten ambitionierte Kostenziele bei den Zyklus-1-Schulgebäuden, damit die Chance bei einer möglichen Volksabstimmung erhöht werden kann. Die Gemeinde Widen hat, wie man in einem AZ-Artikel lesen konnte, für CHF 1,4 Mio. einen Doppelkindergarten gebaut – die Gemeinde Wohlen geht von CHF 2,2 Mio. aus. Es stellt sich die Frage, woher die grosse Differenz herkommt. Die Zustimmung zu diesen Projektierungskrediten ist für uns noch keine Garantie, dass wir jedem Bauprojekt zustimmen werden. Es darf keine architektonischen Verewigungen wie beim Schulhaus Bünzmatt geben. Falls die Bedingungen erfüllt werden, sind wir zuversichtlich, dass auch die Bevölkerung die klar überwiegenden Vorteile der Schulraumstrategie und den geplanten Bauprojekten sieht. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon wird sich mehrheitlich für die vier Projektierungskredite aussprechen.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Wir haben klar gesagt, wenn der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, unterstützen wir die Verpflichtungskredite für die Schulhauszentren Bünzmatt 1 und 2, Junkholz, die Sanierungen und die Provisorien. Wir sind dafür, dass diese Projekte realisiert werden. Wir möchten aber festhalten, dass die Verpflichtungskredite für die Projektierung, so wie sie sich jetzt zeigen, kein Zugeständnis darstellt für die Umsetzung der Projekte. Wir erwarten, dass dies sauber ausgearbeitet wird, sodass wir weiterarbeiten können. Ein wichtiges Anliegen ist es für uns, dass die Fundamente der Neubauten insofern verstärkt werden müssen, als dass in Zukunft jederzeit ein zusätzliches Stockwerk darauf gebaut werden kann. Wir bitten den Gemeinderat, dies mit auf den Weg zu nehmen. Es kann nicht sein, dass es im Nachhinein heisst, man könne nicht aufstocken, da es zu teuer wird oder aus technischen Gründen nicht möglich ist. Wenn wir jetzt neu bauen, kann dies jetzt bereits im Fundament berücksichtigt werden. Mit dem Ja der Mitte und wahrscheinlich der Mehrheit hier im Saal werden wir diesen Weg beschreiten. Wir werden die Kosten im Auge behalten müssen und dann hoffen wir auf ein gutes Gelingen.

Einzelvoten

Pascolin Laura, SP: Es ist ein Déjà-vu in diesem Rat. Gewisse Einwohnerräte vermischen die Kompetenzen der Legislative mit derer der Exekutive. Der Einwohnerrat sagt was und für wieviel und der Gemeinderat sagt wie. Die SVP wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Schulräume und im gleichen Atemzug reichen sie eine Motion betreffend Wiedereinführung der Kleinklassen ein. Diese brauchen doch auch Schulräume.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Ich möchte vom Gemeinderat wissen, was in Sachen Schulhaus Anglikon in den nächsten 10 bis 15 Jahren geplant ist, wenn die Schulhäuser im Bünzmatt entstehen. Ich bitte um Stellungnahme, welche Bestrebungen der Gemeinderat diesbezüglich mit Zusammenfassungen oder Weiterbestand hat.

Burkard Thomas, Vizeammann: In Anglikon haben wir ein Raumprovisorium errichtet, welches vorläufig erhalten bleibt. Ich habe die Befürchtung, dass es ein Providurium wird, wie Wohlen dies schon verschiedenste Male gemacht hat. Es handelt sich um einen sehr guten Bau, welcher, so wie ich es gehört habe, von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen wurde und wird seitens der Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler sehr geschätzt. Es wird also nicht viel passieren. Wir planen, dass man den Kindergarten Wohlermatten zum Schulhaus Anglikon führt und dort ein Erweiterungs- oder einen Zusatzbau für den Kindergarten erstellen wird. Dies auch deswegen, um das völlig überrissene Mietverhältnis endlich auflösen zu können. Dieser Prozess wird im Verlauf des Jahres 2028 stattfinden.

Keller Samuel, FDP: Wohlen hat sehr gute Schulen. Wir leisten uns viel für unsere Kinder. Wir sind IT-technisch bestens ausgestattet, jeder Schüler hat ein eigenes Gerät, wir haben tolle Turnhallen/Sportanlagen, wir weihen das neue Primarschulhaus Halde ein, wir sind kantonal auf sehr gutem Weg und topmodern. Habt ihr euch schon jemals gefragt, ob wir davon einen Vorteil haben? Es stellt sich die Frage, ob das Einkommen pro Kopf deswegen gestiegen ist. Für meinen Geschmack geben wir zu viel Geld aus. Schau ich, mit meiner Lebenserfahrung, die Schulden an, so werden wir noch über 30 Jahre an dieser Verschuldung nagen müssen – wir haben ja noch andere Aufgaben. Ich erkenne die Schülerprognosen an und stelle mich nicht gegen den benötigten Schulraumbedarf. Ich wehre mich dagegen, dass Bewährtes abgerissen und durch Neues ersetzt werden muss. Es stellt sich die Frage, ob abreißen und neu bauen

nachhaltiger ist. Ich lehne die Verpflichtungskredite Bünzmatt und Junkholz ab. Zyklus 1 wird auf Führungsebene eingeführt aber nicht auf örtlicher Ebene. Der GOV kümmert sich weiterhin um seine Kindergärten. Die Angebote der Tagesstrukturen werden mit anderen Partnern gelöst und haben zweite bis dritte Priorität. Das Schulhaus Wietlisbach wird in der Schulhausstrategie nirgends erwähnt, sollte jedoch einbezogen werden. Das Provisorium in der Halde abzubrechen ist doch unsinnig. Wir brauchen neuen Schulraum, die Schülerzahlen steigen. Die gekauften Schulraumcontainer im Oberdorf müssen wir weiterhin einsetzen und damit aufhören, diesbezüglich von Provisorien zu sprechen, es sind schöne, zweckmässige Schulräume, welche man längerfristig einsetzen kann. So müssen wir das Schulraumprojekt in Gänze auseinanderziehen und versuchen Geld zu sparen und nicht viel Geld für Neubauten auszugeben. Ich möchte, dass sich der Kanton bewusst ist, dass es in allen Gemeinden ächzt und knarrt. Dieses Wochenende konnten wir vernehmen, dass starke Kräfte wirken, welche die integrative Schulung abschaffen wollen. Ich vermute, dass in zehn Jahren der Schulraumbedarf wieder sinken wird, da wir die Zusatzräume nicht mehr brauchen werden. Vermutlich wird auch die Anzahl der Lehrer wieder sinken, da nicht mehr so viele Lehrer in den Schulklassen gebraucht werden. Deshalb bin ich dagegen.

Hauri Claudia, SVP: Ich möchte mich zum Bericht und Antrag 15106 Schulzentrum Bünzmatt Zyklusschulhäuser äussern. Seit vielen Jahren besuchen die Kleinsten die Kindergärten in denjenigen Quartieren, in welchen sie wohnen, früher bereits im Alter von fünf oder sechs Jahren und heute bereits ab vier Jahren. Die kurze Distanz und der sichere Fussweg gaben den Kindern und Eltern die Sicherheit, dass der Weg selbstständig bewältigt werden kann. Diese Kindergartenstandorte haben System und wurden nicht einfach so gewählt. An erster Stelle stand Sicherheit und kurze Distanz. Heute, wenige Jahre später, ist alles anders. Die Kinder gehen bereits mit vier Jahren in den Kindergarten, was etwas früh ist. Diesen Umstand haben wir unserer Bildungselite zu verdanken. Nun möchte unsere Schule einen Schritt weitergehen, die Quartierkindergärten aufheben und in Schulzentren integrieren. Die Tagesstrukturen sollen – für die ganze Woche – auf Kosten der Steuerzahlenden, bereits für Vierjährige angeboten werden. Ist sich der Gemeinderat bewusst, was er mit dieser Entscheidung auslöst? Kinder in diesem Alter, welche beispielsweise an der Niederwilerstrasse oder bald an der Bergmatten wohnen, können nicht mehr in das Litzibuech, sondern müssen in das Bünzmatt und dürfen nebst der längeren Distanz auch noch die Anglikerstrasse überqueren. Vier- bis sechsjährige Kinder sind an dieser stark befahrenen Strasse nicht zu verantworten. Ich hoffe, dass die Einwohnerräte und die Gemeinderäte die Verantwortung übernehmen. Ich frage alle Mütter und Väter hier im Saal, ob sie ihre Kleinsten vom Bergmatten in das Bünzmatt schicken würden – ich denke nicht. Viele betroffene Eltern sicher auch nicht. Auch in anderen Gebieten von Wohlten wird es zu dieser Situation kommen. Eltern müssen sich neu organisieren oder ihre Kinder in den Kindergarten fahren – ja genau, fahren! So entstehen Elterntaxis, welche wir vermeiden möchten. Mit dieser sinnlosen Strategie wird den Eltern keine andere Option mehr bleiben. Ich bitte den Gemeinderat, die Strategie der Zyklus-1-Schulhäuser nochmals zu überarbeiten. Die betroffenen Eltern werden die Projekte an der Urne vermutlich ablehnen.

Lütolf Harry, Die Mitte: Die Diskussion um Rückweisung hatte den Grund, dem Gemeinderat das Versprechen abzunehmen, dass keine Leichen, bezüglich der Sanierung der Bünzmatt 1 und 2 sowie Junkholz, im Keller hervorkommen. Im Finanzplan bis 2034 sind für die Sanierung der Schulhäuser Bünzmatt 1 und 2 rund CHF 9 Mio. eingestellt und für die Sanierung des Schulhauses Junkholz rund CHF 11 Mio. Das ist das Versprechen, welches vom Gemeinderat geliefert wurde. So interpretiere ich es und nehme den Gemeinderat beim Wort. Es gibt in dem Sinne, für die heute zu behandelnden Geschäfte, keine Alternative mehr zu prüfen. Wir haben die Geschäfte so auf dem Tisch, wie sie zu behandeln sind. Ich bitte die SVP-Fraktion inständig darum, nicht dagegen zu opponieren. Blickt man in die Vergangenheit zurück – Sie waren nicht alle dabei – hatten wir genau vor zehn Jahren im Jahr 2015 eine ähnliche Thematik. Wir haben ebenfalls über Schulraumentwicklung und Prognosen von Schülerzahlen gesprochen. Damals gab es Personen der SVP-Fraktion, welche alles besser gewusst haben. Man musste bezüglich der Schülerzahlen der Zukunft, aufgrund des heutigen Regierungsrates Jean-Pierre Gallati, welcher die Zahlen anzweifelte, eine zweite Analyse durchführen. Das Fazit: Es war noch schlimmer als was der heutige Regierungsrat Jean-Pierre Gallati damals vermutet hat. Die zweite Analyse hat als Ergebnis eine noch höhere Schülerzahl geliefert. Vorhin hat Roland Büchi über den grünen Klee gelobt, dass das Halde-Schulhaus eine feine Sache ist. Dieses Schulhaus hat uns, wegen Ihnen, CHF 10 Mio. mehr gekostet! Das ist beweisbar. Sie von der SVP denken, dass Sie einen super Deal für unsere Gemeinde gemacht haben. Freche Leserbriefe schreiben können Sie gut, aber die Folgen Ihres eigenen Handelns abschätzen, können Sie nicht. Sie denken immer, dass Sie alles besser wissen. Ich bin überzeugt, es kommt meistens teurer, wenn man Ihre Strategie verfolgt. Mit dem evangelischen Kirchgemeindehaus haben Sie von der SVP uns auch einen Bärenienst erwiesen – es wird uns mehr kosten. Verfolgen Sie bitte den Weg. Es ist alles klar. Claudia Hauri war meines Wissens nicht an der Informationsveranstaltung. Das Thema betreffend Kindergarten Litzibuech, was tatsächlich ein Schwachpunkt ist, wurde an der Informationsveranstaltung für Einwohnerräte aufgegriffen. Der Gemeinderat wird diesen Schwachpunkt aufnehmen und Ariane Gregor wird sicher etwas dazu sagen. Diesen Schwachpunkt kann man regeln und bereinigen, was nicht heisst, dass man

alles schrotten sollte und über Jahrzehnte mit Container arbeiten soll. Die Übung wird uns Millionen mehr kosten. Das Halde-Schulhaus hat uns mindestens zehn Millionen mehr gekostet, dasselbe möchte ich nicht noch einmal erleben.

Meier Valentin, SP: Ich bin immer wieder erstaunt, wie viele Expertinnen und Experten wir haben. Wir haben Pädagoginnen gehört, wir haben Personen gehört, welche ein Schulhaus schätzen können. Einen vermeintlichen Experten möchte ich gerne zitieren, und zwar Roland Büchi vom 20. Juni: «*Der Arbeitsmarkt von qualifiziertem Personal ist so trocken wie die Wüste in der Sahara und alle schreien nach Fachkräften.*» Es ist tatsächlich so. In den Kindergärten fehlen viele gute Lehrpersonen. Ich selbst würde mich nicht als Experte bezeichnen, bin aber eine Lehrperson. Wir stellen uns – bei der Stellenwahl – tatsächlich die Fragen, wie die Arbeitsbedingungen sind, ob das Gebäude baufällig ist, wie gross die Klassen sind, wie die allgemeine Stimmung ist, ob ich Arbeitskollegen habe oder ob es ein Quartierkindergarten am Ende der Welt ist. Heute ist vieles anders, hat Claudia Hauri gesagt. Tatsächlich ist heute in der Schule vieles anders und das ist gut! Ich bin froh, dass sich so viel geändert hat und ich möchte nicht mehr zurück. Es war so, dass ich ab und zu, wenn ich die Französisch-Vokabeln nicht richtig konnte, einen Schlüssel abbekommen habe. Diejenigen, welche die Bezirksschule besucht haben, können sich vorstellen, von wem ich spreche. Betreffend die längeren Wege habe ich ein Beispiel. Mein Neffe kommt bald in den Kindergarten – wir sind wahnsinnig stolz darauf. Seine Eltern haben sich bewusst für einen längeren Weg entschieden, da die Tagesstrukturen gegeben sind.

Breitschmid Manfred, SVP: Ich möchte etwas zu Harry Lütolf sagen. Ich kann zurückschauen und immer wieder dieselben Geschichten, welche ich mittlerweile fast auswendig kann, da ich sie schon drei vier Mal in diesem Einwohnerrat gehört habe, erzählen. Die SVP hat vor einem Jahr, mit Motion, einen Planungsstopp eingereicht. Diese wurde geschreddert. Im August und Oktober haben wir Fragen gestellt und waren mit den Antworten nicht zufrieden. Heute möchte ich nicht hören, dass die SVP plötzlich mit irgendeiner Idee ankommt. Wir haben uns drei Mal gemeldet – in diesem Rat hat es niemanden interessiert, als wäre nichts gewesen. Heute ist die erste Hürde, und es wird weitergehen.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Ich möchte mich gegen die Aussage der «sinnlosen Schulraumstrategie» wehren. Diese anmassende Aussage ist fast schon frech. Wir haben seitens des Gemeinderates schon sehr früh und transparent über die Schulraumstrategie informiert. Dies hat der Einwohnerrat zur Kenntnis genommen. Auch zum Planungsstopp wurden die Antworten geliefert und eine Mehrheit war damit zufrieden. Die Antworten waren schlüssig.

Die Wege der Kindergartenkinder werden nicht länger, es gibt Einzelfälle, diese gibt es aber immer. Wir haben bereits jetzt schon Kindergärtner, welche einen langen Schulweg – über einen Kilometer – gehen müssen. Danach würde es sich verlagern. Die Wege vom Sohrenbühl und dem Aesch zum Zyklus-1-Standort sind nicht weiter. In den Quartierstrassen ist das Gehen sicher. Eine Überlegung wäre, das Bünzmatt mit vier «Satelliten»-Kindergärten im Litzibuech zu erhalten, was ein Vorteil in Bezug auf kürzere Wege der Kinder ist. Die Wege vom Bollmoos und der Turmstrasse zu einem Zyklus-1-Standort sind nicht länger. In den Quartierstrassen ist es sicher. Vom Farn sind die Wege vom Bärholz und der Reithalle zu einem Zyklus-1-Standort nicht weiter. Kinder aus dem Farn müssen nicht mehr ins Bünzmatt oder Junkholz, wodurch die Wege kürzer sind. Ich bitte Sie, den Projektierungskrediten zuzustimmen, damit wir weitermachen können. Von der Realisierung ist noch nicht zu sprechen und selbstverständlich werden wir Ihre Ideen aufnehmen.

Christen Peter, SVP: Ich muss auf die Geschichte mit den Wegen reagieren. Ich wohne direkt gegenüber dem Kindergarten Boll. Die Schüler, welche vom Bezirksschulhaus nach Villmergen fahren, fahren durch die Unterführung durch. Ich habe schon einige Male beobachtet, dass die Schüler vom Fahrrad abgestiegen sind, da vor dem Kindergarten ein absolutes Chaos vorzufinden war. Es ist nicht übertrieben. Wer dazu Detailinformation haben möchte, soll mit dem örtlichen Rechtsdienst der Polizei Kontakt aufnehmen. Ich habe erwirkt, dass die Situation einigermaßen in einen grünen Bereich gekommen ist. Die Polizei hat eine Patrouille zum Kindergartenschluss abgestellt, um die Situation mehr oder weniger zu bereinigen. Wie gesagt, ein absolutes Chaos und böse Briefe meinerseits an die Kindergartenpräsidentin. Wenn die Zyklus-Schulhäuser wirklich kommen, können auch noch Tiefgaragen geplant werden, damit die Autos der Mütter und Väter, die ihre Kinder in die Schule fahren, parkiert werden können.

Stäger Dieter, FDP: Ich bin als kleiner Junge von der Wilstrasse in den neuen Kindergarten Reithalle gelaufen, was problemlos möglich war. Dies da meine Eltern weder ein Auto besaßen noch das Gefühl hatten, man müsse mich auf jedem Meter beschützen. Ich weiss nicht, was die Eltern überlegen. Diese Eltern nehmen ihren Kindern viel weg, wenn sie sie in den Kindergarten fahren. Gegen diese Art von Dummheit ist kein Kraut gewachsen. Das können wir hier im Saal leider nicht ändern. Sündenfälle wie das

Halde-Schulhaus möchten wir nicht mehr haben. Es ist ein wunderschöner Bau, der jedoch mindestens CHF 10 Mio. zu viel gekostet hat – das darf nicht noch einmal passieren. Wir wollen Projekte, bei welchen das Nötige in einer anständigen Qualität gebaut wird, und ein paar Jahrzehnte überdauern wird. Was wir nicht wollen, sind Luxusbauten. Das muss ein Ende haben, ansonsten sagen wir Nein zu diesem Projekt.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Liebe Claudia Hauri, ich kann Sie beruhigen. Ich habe im Litzibuech gewohnt und habe den Kindergarten im Sohrenbühl besucht. Auch wenn es schon ein paar Jahre her ist, gab es bereits damals die langen Wege und ich glaube, mir hat es nicht geschadet.

Den Umstand, dass die Elterntaxis vor den Kindergärten für Chaos sorgen, bekommt die Regionalpolizei immer wieder zu hören. Auch andere Gemeinden sind mit dieser Thematik konfrontiert. Sind die Eltern auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen, nehmen sie, unabhängig von der Distanz, ihre Kinder mit dem Auto mit.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Projektierung eines Neubaus für ein Zyklus-1-Schulhaus mit Turnhalle auf dem Areal Schulzentrum Bünzmatt im Gesamtbetrag von CHF 2'000'000 ($\pm 10\%$; inkl. 8.1% MWST).

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen zugestimmt.

Antrag auf Urnenabstimmung der SVP-Fraktion

Breitschmid Manfred, SVP: Die SVP-Fraktion Wohlen/Anglikon stellt folgenden Antrag auf Urnenabstimmung:

Der positive Beschluss des Einwohnerrates zum Bericht und Antrag 15106 für die Projektierung eines Neubaus für ein Zyklus-1-Schulhaus mit Turnhalle auf dem Areal Schulzentrum Bünzmatt im Gesamtbetrag von CHF 2'000'000 ($\pm 10\%$; inkl. 8.1% MWST) ist gemäss § 7 Abs. 2 Gemeindeordnung der Urnenabstimmung zu unterstellen.

Begründung: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Wohlen konnten sich bis heute nicht zur Standortstrategie Schulraumplanung und Realisierung äussern. Die Kosten bewegen sich im hohen zweistelligen Millionenbereich. In der Schullandschaft Wohlen/Anglikon ist es die grösste Veränderung seit Jahrzehnten. Es ergibt Sinn, die Bevölkerung bereits bei den Projektierungskosten in die zukünftigen Entscheidungen miteinzubeziehen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es ist schlussendlich eine politische Frage, mit welcher Sie sich in den Fraktionen des Einwohnerrates einig werden müssen. Grundsätzlich stellt sich der Gemeinderat hinter die Kompetenzen, welche durch die Gemeindeordnung den verschiedenen Organen zugeteilt sind. Der Einwohnerrat verfügt über die Kompetenz, über die Summe selbst zu entscheiden. Schlussendlich ist es eine rein politische Frage, wenn Sie die Entscheidung der Urnenabstimmung unterstellen wollen, tun Sie dies. So oder so wird der Gemeinderat Ihren Entscheid akzeptieren.

Fraktionsmeinungen

Lütolf Harry, Die Mitte: Der Antrag wurde uns auf dem Latrinenweg zugetragen, weshalb wir in unserer Fraktion darüber diskutieren konnten. Wir sind einstimmig zum Schluss gekommen, dass wir einem solchen Antrag nicht stattgeben werden. Ich nehme an, denselben Antrag wird Manfred Breitschmid beim nächsten und übernächsten Geschäft bringen, weshalb ich nur einmal, in Globo, für alle künftigen gleich lautenden Anträge, sprechen werde. Es ist unsere Aufgabe als souveräner Einwohnerrat. Wir können nicht jedes Geschäft dem Volk unterbreiten, ansonsten können wir uns direkt selbst auflösen. Wir haben in unserer Gemeinde keine Gemeindeversammlungen. Es geht nicht darum, mit Projektierungskrediten, welche noch nicht einmal als Antrag dem Einwohnerrat vorliegen, auf die Strasse zu gehen und diese zu diskutieren. Wie stellt ihr euch das Vorhaben vor? Ist angedacht, dass Plenumsdiskussionen, mit rund 8'000 Stimmberechtigten auf der Strasse durchgeführt werden? Das funktioniert so natürlich nicht! Wir müssen unsere

Verantwortung als Einwohnerrat wahrnehmen. Wir sind durchaus in der Lage, selbst eine Entscheidung fällen zu können. Wenn ihr das Referendum ergreifen möchtet, tut dies, sammelt Unterschriften, es ist euer gutes Recht. Im Falle eines Referendums würden wir uns in einem Abstimmungskampf begegnen. Unterbreiten wir die Anträge freiwillig der Abstimmung, so sorgen wir selbst dafür, dass wir obsolet werden. Stellt euch vor, wir unterbreiten jedes Geschäft, welches der Einwohnerrat beschliesst, der Volksabstimmung. Dies führt zu einer Abstimmungsorgie. Was soll diese Übung? Ich kann dem Anliegen nicht folgen. Geht Unterschriften sammeln, es ist der richtige Weg.

Breitschmid Manfred, SVP: Harry Lütolf hat mir einen guten Pass zugespielt. Mein Votum bezieht sich auf alle Geschäfte bis und mit Doppelkindergarten. Zum Punkt «am Volk vorbei». Mir wurde auch zugetragen, dass man der Meinung war, man könne die Projektierungskredite durchwinken. Man hat sich mit einer Positionierung schwergetan. Wir haben Mitglieder im Einwohnerrat, welche kein Problem damit haben, CHF 4 Mio. auszugeben, jedoch beim Baukredit eine andere Ansicht vertreten. Meiner Meinung nach ist es bei CHF 50 Mio. angebracht, das Volk zu fragen, ob man diese Ausgabe tätigen soll. Die Begründung, weshalb wir diesen Antrag nun stellen, rührt daher, dass wir vor einem Jahr einen Planungsstopp haben wollten, im August 2023 und Oktober 2023 Fragen gestellt haben – derer Antworten wir nicht zufrieden waren – und es damals niemanden interessiert hat.

Schmid Patrick, Grüne: Ich habe eine kurze fakultative Frage an die SVP. Angenommen, wir geben dem Antrag nach und es wird Ja für diesen Projektierungskredit gestimmt, wie werden Sie sich bei der Realisierung des Projektes verhalten? Werden Sie erneut einen Antrag auf Ablehnung stellen? Dies wäre natürlich das gute Recht. Gerne möchte ich die Meinung der SVP diesbezüglich erfahren.

Breitschmid Manfred, SVP: Das ist eine wichtige und richtige Frage, welche ich nachvollziehen kann. Wir können heute jedoch kein Versprechen abgeben, wenn das Volk Ja sagt und wir grundsätzlich mit den Projektierungsvorgaben oder mit dem Ergebnis nicht einverstanden sind, dass wir dann in jedem Fall unsere Zustimmung erteilen. Eine ganz entscheidende Vorgabe ist, wenn das Volk zu dieser Projektierung Ja sagt, dann müssen wir dies ernst nehmen. Dies auch als SVP, denn es ist der Wille des Volkes. Danach kann man sich bei den Bauvorgaben, bei welchen man andere Meinungen hat, einbringen und hier im Einwohnerrat darüber abstimmen. Heute kann ich keine Versprechungen dazu abgeben, dass wir keine Referenden mehr ergreifen werden. Die Ausgangslage ist eine andere, wenn das Volk Ja sagt, wie wenn der Einwohnerrat Ja sagt.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Das Volk hat entschieden. Das Volk hat uns in dieser Zusammensetzung in den Einwohnerrat gewählt, damit wir stellvertretend die Geschäfte beraten und behandeln, weshalb wir von der Fraktion GLP/EVP geschlossen gegen den Antrag von Manfred Breitschmid stimmen werden. Wir wissen, dass es bei den Geschäften sowieso zu einer Volksabstimmung kommen wird.

Meier Valentin, SP: Die SP-Fraktion wird, wenig überraschend, dem Antrag nicht stattgeben und ihn, aus den bereits gehörten Gründen – wie beispielsweise den Umstand, dass wir gewählte Personen sind und uns heute schon 2.5 Stunden mit den Geschäften befasst haben – ablehnen.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon wird, aus den eben genannten Gründen, welche die übrigen Fraktionen angebracht haben, dem Antrag einstimmig nicht zustimmen.

Einzelvoten

Heinrich Daniel, Die Mitte: Was die SVP jetzt machen möchte, finde ich nicht gut. Wir haben Sachverhalte diskutiert, Sachverhalte deponiert, welche Gemeinderätin Ariane Gregor bestätigt hat. Die Sachverhalte wurden protokolliert und werden berücksichtigt. Bitte veranlassen Sie keine Urnenabstimmung. Wichtig ist, dass wir einen genauen Blick auf die Kosten werfen. Wir haben im Einwohnerrat eine Mehrheit, welche klar Ja zu diesen Verpflichtungskrediten gesagt hat. Wir müssen dies akzeptieren und der Gemeinde, den Behörden die Freigabe erteilen, damit sie beginnen können zu arbeiten. Wir haben die Verantwortung, genau hinzuschauen. Das Geschäft kommt sowieso vor das Volk. Wir müssen schauen, dass gut gearbeitet wird. Geben wir jetzt die Chance dafür.

Nicoll Jonathan, SVP: Vor nicht langer Zeit wurde das Referendum betreffend die Zentralstrasse ergriffen. Das Resultat ist uns allen bekannt, weshalb ich die Angriffe auf die SVP als übertrieben empfinde. Die Reaktionen zeigen den fehlenden Respekt vor der SVP. Ich habe eine Frage an Vizeammann Thomas Burkard. Es ist bekannt, dass bei «Ja-Sager-Gremien», welche bei Vorprojektierungen alles durchwinken, das Resultat der Endkosten erst zum Schluss oder während der Bauphase zum Vorschein kommt. Es stellt

sich mir die Frage, wenn ich von Preisgeldern und Gremienentscheidungen lese, was genau mit den $\pm 30\%$ betreffend die Kostenstruktur des ersten Antrags, gemeint ist. Ich sage Ihnen, dass das, was wir im Vorprojekt durchwinken, für die nächsten Jahre ein Kostengrab zufolge hat. Wir verursachen Kosten von vielen Millionen. Der Steuerfuss wird sehr hoch ansteigen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP

Der positive Beschluss des Einwohnerrates zum Bericht und Antrag 15106 für die Projektierung eines Neubaus für ein Zyklus-1-Schulhaus mit Turnhalle auf dem Areal Schulzentrum Bünzmatt im Gesamtbetrag von CHF 2'000'000 ($\pm 10\%$; inkl. 8.1% MWST) ist gemäss § 7 Abs. 2 Gemeindeordnung der Urnenabstimmung zu unterstellen.

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

Bericht und Antrag 15107 Schulzentrum Junkholz – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus

Die Behandlung des Geschäftes hat mit dem Traktandum «Bericht und Antrag 15106 Schulzentrum Bünz-matt – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus» stattgefunden.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Projektierung des Neubaus eines Zyklus-1-Schulhauses auf dem Areal Schulzentrum Junkholz im Gesamtbetrag von CHF 1'380'000 ($\pm 10\%$; inkl. 8.1% MWST).

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen zugestimmt.

Breitschmid Manfred, SVP: Die SVP-Fraktion respektiert und akzeptiert den Umstand, dass man beim ersten Antrag keine Urnenabstimmung gemäss Gemeindeordnung durchführen möchte. Wir werden keine Urnenabstimmung mehr verlangen und mittels Unterschriftensammlung das Referendum ergreifen.

**Bericht und Antrag 15108 Schulraumprovisorien Bünzmatt und Junkholz
– Projektierungskredite**

Die Behandlung des Geschäftes hat mit dem Traktandum «Bericht und Antrag 15106 Schulzentrum Bünzmatt – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus» stattgefunden.

Abstimmung

Den gemeinderätlichen Anträgen

1. *Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Projektierung der Raumprovisorien Bünzmatt im Gesamtbetrag von CHF 110'000 (\pm 10%; inkl. 8.1% MWST).*

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. *Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Projektierung der Raumprovisorien Junkholz im Gesamtbetrag von CHF 285'000 (\pm 10%; inkl. 8.1% MWST).*

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 15110 Doppelkindergarten Farn – Verpflichtungskredit Projektierung

Isler Sonja, FGPK: Am Standort Farn ist der Ersatz der Kindergärten Bärholz und Reithalle vorgesehen. Weiter sind in diesem Gebiet gemäss der Schulraumprognose zwei zusätzliche Kindergartenabteilungen nötig. Als 1. Etappe ist der vorliegende Doppelkindergarten geplant. Anfangs 2030 wäre vorgesehen, in unmittelbarer Nähe ein Schulgebäude mit zwei weiteren Kindergartenabteilungen sowie Abteilungen für die Primarschule zu erstellen. In der FGPK wurde auch dieses Geschäft intensiv diskutiert. So kam unter anderem die Frage auf, wie die Gemeinde Widen es schaffte, einen Doppelkindergarten für nur CHF 1,4 Mio. zu erstellen und wir dies so nicht zustande bringen. Die Projektleitung kann sich das auch nicht erklären – für eine Abteilung werden in der Regel CHF 1,9 Mio. eingesetzt – mit CHF 1,1 Mio. hat man im vorliegenden Projekt bereits viele Kosten eingespart. Für die Realisierung ist eine Teilzonenplanänderung notwendig. Die nötigen Schritte mit dem Kanton wurden eingeleitet. Das gewählte Verfahren sollte nun schnell gehen. Der Kanton habe laut Gemeinderat bereits Hand geboten. Was passieren sollte, wenn es hier dennoch zu einer Ablehnung der Teilzonenplanänderung kommt, hat Vizeammann Thomas Burkard bereits ausgeführt. Es wurde auch diskutiert, ob es nicht kostengünstiger wäre, schon heute vier Kindergartenabteilungen zu bauen, um entsprechende Synergien nutzen zu können. Und ebenso, warum man nicht in Erwägung gezogen habe, höher zu bauen, was in dieser Zone erlaubt wäre. Die Problematik liegt gemäss den Projektverantwortlichen bei der benötigten Fläche Land. Es nütze nichts, mehr Innenfläche zu erstellen, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Aussenfläche nicht zur Verfügung stehe. Zu Bedenken ist bei dieser Idee auch, dass bereits heute von vielen Seiten kein viertes, grosses Schulzentrum gewünscht wird.

Aufgrund der ganzen Steuerfuss-Thematik wurde eine Koppelung der Steuerfusserhöhung an das Projekt vorgeschlagen. Vertiefte Abklärung beim Kanton haben aber ergeben, dass dies keine machbare Praxis sei. Die Zusammenarbeit mit dem GOV rund um die Kindergartenthematik wurde in der FGPK detailliert besprochen. Pitsch Isler hat die FGPK über die Geschehnisse in den letzten Jahren und den Strategiewechsel ausführlich persönlich informiert. Das weitere gemeinsame Engagement bei den Tagesstrukturen begrüsst die FGPK. Sie nimmt zur Kenntnis, dass der GOV die Kindergärten nicht mehr aufrechterhalten kann. Wie uns Paul Bitschnau ausgeführt hat, steigt der Bedarf an Tagesstrukturen stetig. Von den Eltern wird vermehrt gewünscht, dass die Kinder ein Schulhaus besuchen können, welches nahe an den Tagesstrukturen liegt. Im vorliegenden Projekt wird dem in einem weiteren Schritt Rechnung getragen. Genügend Schulraum muss gebaut werden, weil es eine gesetzliche Pflicht ist. Es ist leider kein Wunschkonzert. Die gestellten Prognosen zum Schüleraufwuchs sind deutlich und dieser Doppelkindergarten ergibt Sinn. Die FGPK stimmte dem vorliegenden Bericht und Antrag deshalb bei zwei Abwesenheiten mit 4 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen zu.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich danke Sonja Isler für ihr Votum zum Doppelkindergarten Farn und kann ihr Gesagtes nur unterstützen. Ich durfte, als wir bei der FGPK dabei waren, dieselben Erfahrungen machen. Betonen möchte ich, dass es sich um ein separates Geschäft handelt, welches eine hohe Dringlichkeit hat. Wir müssen diesen Doppelkindergarten möglichst schnell erstellen, damit wir den Aufwuchs im Farn, welcher in den nächsten beiden Jahren entstehen wird, auffangen können. Mit einer Abteilung wollen wir den Aufwuchs auffangen und mit der anderen Abteilung den Kindergarten Bärholz – samt unsäglichem Mietverhältnis – ablösen. Zu den CHF 1,4 Mio. des Kindergartens in Widen: Stand unseres Wissens bestand der Kindergarten schon seit 40 Jahren und wurde daraufhin abgerissen. Im Anschluss wurde am selben Standort ein neuer Doppelkindergarten errichtet. Wichtig zu wissen ist, dass die Infrastruktur, welche sich im Boden befand, erhalten werden konnte. In unserem Fall muss die gesamte Infrastruktur neu gebaut werden, was bekanntlich das Teure ist. Wir wollen den Kindergarten für CHF 2,2 Mio. realisieren was, wie Sonja Isler dies bereits gesagt hat, ein ambitioniertes Ziel ist. CHF 1,1 Mio. pro Abteilung ist, wenn man sich am Massstab des Kantons orientiert, tief.

Fraktionsmeinungen

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Wir haben es heute schon oft gehört, dass die Bevölkerungszahl steigt, was mehr Kinder, mehr Schulraum und mehr Kindergärten zur Folge hat. Die teuren Mietverhältnisse der Kindergärten, wie zum Beispiel beim Bärholz, sind uns schon lange ein Dorn im Auge. Die katholische Kirchgemeinde kann uns das Land an der Lindenbergrasse im Baurecht abgeben. Der Standort eignet sich aus unserer Sicht ideal für den Doppelkindergarten und kann, wenn benötigt, zu einem Zyklus-1- oder Zyklus-2-Schulhaus erweitert werden. Wir erwarten von der Projektierung, dass die Kosten unter CHF 2 Mio. fallen, was, aufgrund der Grobkostenschätzung mit $\pm 30\%$, möglich sein sollte. Es ist uns wichtig, dass die Balance unserer finanziellen Möglichkeiten, langfristig betrachtet, eingehalten werden. Der Mitte ist es auch wichtig, dass Schulhäuser und Kindergärten so projektiert und gebaut werden, dass die Qualität der Schulbildung ein wichtiges Kriterium ist. Wir wollen, dass bei der Projektierung der Kindergärten, wie auch bei den Schulhäusern, die Beteiligten Personen wie Lehrpersonen, Schulleitungen, Anwohner, Kinder, Politiker und so weiter, miteinbezogen werden. Dazu gehört auch, dass Erfahrungen anderer Gemeinden abgeholt und in die Projektierung integriert werden. Die Mitte-Fraktion stimmt dem Doppelkindergarten einstimmig zu.

Einzelvoten

Christen Peter, SVP: Es stellt sich die Frage, ob man als mögliche Lösung für den Doppelkindergarten das Provisorium beim Halde-Schulhaus in Betracht gezogen hat.

Burkard Thomas, Vizeammann: Dieser Pavillon bei der Halde ist abbruchreif. Er wurde im Jahr 1993 für eine Dauer von fünf Jahren gebaut, jetzt haben wir das Jahr 2024. Der Pavillon ist definitiv nicht mehr zu gebrauchen. Abgesehen davon befinden sich aktuell Klassen in diesem Gebäude, welches wir, um Geld zu sparen, bis an sein Lebensende ausnutzen werden. Das Schuljahr 2025/26 wird in diesem Pavillon noch beendet, danach wird er abgerissen. Eine Alternative ist leider nicht vorhanden.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Projektierung des Doppelkindergartens Farn im Gesamtbetrag von CHF 390'000 ($\pm 10\%$; inkl. 8.1% MWST).

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen zugestimmt.

Burkard Thomas, Vizeammann: Bei den $\pm 30\%$ handelt es sich um einen frühen Stand der Machbarkeitsstudie für ein Projekt. Wenn man eine Machbarkeitsstudie macht, werden die Kosten mit $\pm 30\%$ angegeben. Bei den zusätzlichen $\pm 10\%$, welche Jonathan Nicoll moniert hat, handelt es sich um den Stand des Verpflichtungskredites. Sobald der Verpflichtungskredit für den Bau eingeholt wird, befinden wir uns bei $\pm 10\%$. Das handhaben wir bei allen Projekten so. Sobald ein Projekt einen höheren Detaillierungsgrad aufweist und vertiefter bearbeitet wurde, liegt die Kostengenauigkeit für den Verpflichtungskredit bei $\pm 10\%$.

Bericht und Antrag 15111 Friedhof Wohlen; Projektierung und Realisierung von Urnenplattengräbern – Verpflichtungskredit

Kündig Adrian, FGPK: Wir sind der Meinung, dass es sich hierbei um ein notwendiges und wichtiges Geschäft handelt, welches uns alle früher oder später betrifft. Die Bestattung in Urnenplattengräbern wurde in den letzten Jahren immer populärer. Eine Urne kostet total zwischen CHF 3'600 und CHF 4'000. Wir haben uns die Frage gestellt, welche Kosten in einem Todesfall weiterverrechnet werden. Die Bestattungsgebühren sind im Gebührenreglement der Gemeinde Wohlen geregelt und belaufen sich auf CHF 1'700 bis CHF 2'200. Nach 25 Jahren werden die Gräber geräumt und neu vergeben, was zwei bis drei Mal der Fall ist. Somit dürften die Kosten gedeckt sein. Die FGPK stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Burkard Thomas, Vizeammann: Es braucht neue Urnenplattengräber. Es handelt sich um die am Meisten nachgefragte Bestattungsart des Friedhofs Wohlen. Ich danke dem Sprecher der FGPK für seine korrekten Ausführungen und möchte noch das eine oder andere ergänzen. Es handelt sich um ein dringliches Geschäft. Gemäss Berechnungen des Zivilstandsamts sind zusätzliche Urnenplattengräber voraussichtlich im zweiten Quartal 2025 notwendig. Wir wurden etwas überrascht. Im Jahr 2017, wie Sie dem Bericht und Antrag entnehmen können, wurde die zweite Etappe realisiert. Damals hat man damit gerechnet, dass die 250 Urnenplattengräber für zehn Jahre ausreichen würden. Bis im Jahr 2025 haben sie nur für insgesamt acht Jahre gereicht. Die Planungserimeter beziehen sich auf die Etappen drei und vier, wobei in diesem Bericht und Antrag erst Etappe drei beantragt wird. Die Etappe vier dient als Reservefläche.

Auf der Grundlage der Ausführung der zweiten Etappe wurde eine Kostenschätzung in der Höhe von CHF 900'000 erstellt. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass diese Zahl sehr hoch ist. Diese Schätzung wurde in Anlehnung an die zweite Etappe gemacht, bei welcher circa CHF 800'000 veranschlagt wurden. Inzwischen sind sieben Jahre vergangen. Der Bausektor hat mit rund 10% eine massive Kostenteuerung erlebt, weshalb auch nachvollziehbar ist, dass der aktuelle Betrag, die CHF 900'000, gerechtfertigt ist. Selbstverständlich wird der Kredit nicht ausgeschöpft, sollte die Realisierung günstiger ausfallen. Wir verbauen keinen Luxus auf dem Friedhof, sondern bauen für die 930m² ein Fundament, welches als Hauptkostentreiber des Projekts gilt. Als kostensparende Variante werden voraussichtlich Platten aus Kalkstein und nicht etwa aus Granit verwendet. Im Bericht und Antrag steht auf der Seite «September 2024». Es sollte allerdings korrekterweise Juni 2024 heissen. Die restlichen Termine bleiben gleich. Im Namen des Gemeinderates empfehle ich Ihnen, den Bericht und Antrag zu genehmigen.

Fraktionsmeinungen

Wüthrich Barbara, Grüne: Eine würdevolle Beisetzung nach dem eigenen Tod oder dem einer nahestehenden Person wünschen wir uns doch alle. Dafür müssen genügend Gräber zur Verfügung gestellt werden. Wie bereits gehört, amortisiert sich die Investition und ist auf lange Sicht also auch wirtschaftlich. Der Verpflichtungskredit wird daher von uns Grünen angenommen.

Knoblauch Aline, Die Mitte: Die Mitte-Fraktion sieht, dass der Bericht und Antrag für die Erstellung von Urnenplattengräbern ein unaufschiebbares Geschäft darstellt. Es ist wichtig, dass Beisetzungen zu jedem Zeitpunkt gewährleistet werden können. Im Vergleich zum Bericht und Antrag aus dem Jahr 2016 fällt auf, dass 260 Gräber errichtet wurden und die Planungskosten bei CHF 127'000 lagen. Beim heutigen Antrag belaufen sich die Planungskosten auf CHF 180'000 bei rund 250 Gräbern. Für eine nahezu gleiche Anzahl Gräber, stiegen die Kosten in den letzten acht Jahren um über 40% an. Für unsere Fraktion ist nicht verständlich, weshalb bei gleichen Perimetern, bei gleichem Untergrund und bekannter Bodenbeschaffenheit, so viel mehr Planungskosten budgetiert werden. Wir gehen davon aus, dass keine zusätzlichen Analysen mehr gemacht werden müssen, im Gegenteil, es stehen uns alle Informationen aus dem Projekt im Jahr 2016 zur Verfügung. Nichtsdestotrotz sehen wir die Wichtigkeit und die Dringlichkeit dieser Erweiterung und werden diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Galliker Eugen, FDP/Dorfteil Anglikon: Auch wir sehen in der Erweiterung der Grabstätte, bei den Sektionen drei und vier, eine Notwendigkeit. Die Kosten waren in unserer Fraktion auch ein Thema. Wir richten an den Gemeinderat die Frage, ob im Zusammenhang mit der Kostbeurteilung die Anpassung des Friedhofreglements in Betracht gezogen wurde. Seit 1999, also seit 25 Jahren, gab es keine Anpassung mehr. Es stellt sich die Frage, ob es nicht Sinn ergibt, erst das Friedhofreglement anzupassen. Folgendes ist noch immer gültig. Die Grösse eines Urnengrabes beträgt 180cm auf 80cm. Ich bin zum Glück nicht allzu oft auf Friedhöfen unterwegs, habe aber auch schon gesehen, dass auf solch grossen Flächen lediglich kleine kubische Steine stehen. Deshalb ergibt es doch Sinn, wenn man erst die Regularien anpasst, bevor man Geld spricht. Die FDP/Dorfteil Anglikon stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Da voraussichtlich in einem halben Jahr nicht mehr genügend Urnenplattengräber zur Verfügung stehen, müssen neue erstellt werden. Die Argumentation der Verwaltung kann unsere Fraktion nachvollziehen. Die Planung der Verwaltung ist vorausschauend. Es werden genügend Urnengräber für die nächsten zehn Jahre – nicht mehr – erstellt und es steht eine Reservefläche zur Verfügung. Obwohl die Kosten relativ hoch erscheinen, ist davon auszugehen, dass sie realistisch sind, da die Kostenschätzung auf den Erfahrungswerten mit den bisher erstellten Urnenplattengräbern beruht. Die Fraktion GLP/EVP wird dem Antrag einstimmig zustimmen. In diesem Zusammenhang regen wir an, dass die Verwaltung den Anhang 13 des Gebührenreglements der Gemeinde Wohlen – Gebühren für Bestattungen im Friedhof Wohlen – überprüft. Die Gebühren für Bestattungen wurden zuletzt vor zwölf Jahren angepasst und aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung ist möglicherweise eine Erhöhung angemessen oder sogar erforderlich.

Nicoll Jonathan, SVP: Der Punkt bezüglich des Friedhofreglements ist uns auch aufgefallen. Schaut man sich den Plan an, so könnte man den Betrag von CHF 70'000 infrage stellen, aber jedoch noch mehr die Höhe der Kosten von CHF 180'000 für die Planung. Es stellt sich die Frage, wie diese Summe zustande kam. Hat der Gartenplaner Ennea dies gemacht? Es handelt sich meiner Meinung nach, um viel zu hohe Kosten. Es kommt die Frage auf, ob unsere Bauabteilung nicht über die Kompetenz verfügt, diese Arbeiten intern abzudecken und so die Auslagerung vermieden werden kann.

Meier Valentin, SP: Ohne die Arbeit, welche seitens der Planung ausging, schmälern zu wollen und ohne pietätlos wirken zu wollen, möchte ich das Votum abkürzen. Die SP wird dem Antrag einstimmig zustimmen.

Einzelvoten

Donat Marc, Die Mitte: Aufgrund eines persönlichen Interessenkonflikts werde ich bei diesem Geschäft in den Ausstand treten.

Burkard Thomas, Vizeammann: Bezüglich dem Gebühren- und Friedhofsreglement kann ich Ihnen versichern, dass sich beide Reglemente derzeit in Bearbeitung befinden. Auch dem Gemeinderat ist aufgefallen, dass ein paar Jahre vorbei gingen und eine Überarbeitung angebracht ist. Da nicht nur die Gebühren des Friedhofs genauer unter die Lupe genommen werden müssen, sondern alle, handelt es sich bei der Anpassung allerdings um eine sehr umfassende Aufgabe. Der Gemeinderat hat den entsprechenden Handlungsbedarf erkannt und schliesst sich der Meinung des Redners an. Wir haben, wie Adrian Kündig es ausgeführt hat, die Möglichkeit, die Urnenplattengräber zu höheren Kosten zu vergeben (CHF 1'700 bis CHF 2'200). Es liegt in der Kompetenz des Gemeinderates, die Kosten, innerhalb der durch das Reglement festgesetzten Spanne, festzusetzen – wir haben somit noch Spielraum.

Leider verfügen wir nicht über die internen Kompetenzen, die architektonischen Arbeiten ausführen zu können. Leider müssen diese Dienstleistungen eingekauft werden. Zudem unterscheiden sich das Baufeld zwei und das Baufeld drei voneinander. Wir müssen fast 1'000m² sowie den Untergrund neu beurteilen. Ich habe mir dieselbe Frage gestellt und musste mich eines Besseren belehren lassen. Ich dachte, dass man doch einfach die Erfahrungen vom vorigen Baufeld hätte übernehmen können. Leider ist dies nicht möglich und wir müssen das gesamte Feld neu beurteilen. Mit dem Büro Abert & Zwahlen, ein spezialisiertes Büro für Friedhöfe, haben wir einen guten Ansprechpartner, welcher uns sehr gut berät.

Breitschmid Manfred, SVP: Für die SVP-Fraktion ist dieses Geschäft im Grundsatz unbestritten. Ich möchte vornewegnehmen, dass wir einen sehr schönen Friedhof haben. Wir haben eine schöne Lichthalle – ich wünsche mir, dass diese Halle vermehrt für kulturelle Anlässe genutzt werden kann. Auch haben wir Verantwortliche, wie die Familie Donat, die einen hervorragenden Job leisten. Im Namen der SVP-Fraktion

möchte ich Herrn Donat und der Mutter herzlich für ihre Arbeit danken. Mir ist nicht klar, weshalb dieses Geschäft dringlich ist. Es gibt eine erste, eine zweite, eine dritte und eine vierte Etappe. Man sieht zehn Jahre voraus und heute stehen wir da, es sei dringend. Es stellt sich die Frage, was bei den zuständigen Ressortleitern, den Verantwortlichen verpasst wurde. Beim zweiten Punkt geht es um die Kosten. Ein grosser Teil wurde bereits erarbeitet und kann nur noch aus der Schublade gezogen und angepasst werden. Die SVP-Fraktion geht davon aus, dass bei den CHF 180'000 einiges eingespart werden kann. Dazu kommt, dass CHF 70'000 für Unvorhergesehenes veranschlagt sind. Obendrauf kommen $\pm 10\%$, was einer Summe von CHF 90'000 entspricht. Ich weiss nicht genau, für was diese Summe plus der Betrag von CHF 70'000 eingesetzt wird. Aus diesem Grund stellen wir folgenden Antrag:

Der Verpflichtungskredit für die Projektierung und Realisierung von Urnenplattengräbern auf dem Friedhof Wohlen im Gesamtbetrag von CHF 900'000 ($\pm 10\%$, inkl. 8.1%) sei um CHF 100'000 zu kürzen, auf neu CHF 800'000. Die Einsparung soll insbesondere bei den Positionen BKP 296 Planung, usw. und BKP 610 Reserven für Unvorhergesehenes erfolgen.

Donat Ruedi, Die Mitte: Der hohe Betrag für «nur» Urnengräber ist unbestritten. Seitens des Gemeinderates haben wir gehört, dass nur diejenigen Kosten verwendet werden, welche tatsächlich gebraucht werden. Ich bin der Meinung, dass wir den Antrag um Kürzung ablehnen sollten und darauf vertrauen, dass der Gemeinderat die Summe von CHF 900'000 nicht vollends ausschöpft.

Stäger Dieter, FDP: Ich werde dem Kürzungsantrag zustimmen, da ich nicht nachvollziehen kann, weshalb man für das, was hier angedacht ist, so viel Geld ausgeben muss. Ich denke, dass man das Projekt billiger realisieren kann. Sprechen wir hier im Einwohnerrat einen Kredit, so wird dieser mit Sicherheit ausgeschöpft werden. Bitte stimmen Sie, dem Kürzungsantrag zu.

Christen Peter, SVP: Seit Jahren sprechen wir vom Sparen, wovon ich nichts sehe. Es handelt sich um einen einfachen Antrag, mit welchem wir die Kosten auf CHF 800'000 deckeln können und sicher sein können, dass die Summe nicht «überschossen» wird. Werden nur CHF 700'000 benötigt, sind wir angenehm überrascht und begrüßen diesen Umstand. Dieser Kostendeckel tut niemanden weh und kann durchgesetzt werden. Sie im Einwohnerrat können Ihren Sparwillen bekunden. Man soll nicht immer nur reden, sondern auch einmal etwas unternehmen.

Burkard Thomas, Vizeammann: Der Gemeinderat bittet Sie, dem Antrag nicht stattzugeben. Es ist falsch beim Friedhof zu sparen. Im Namen des Gemeinderates garantiere ich Ihnen, dass wir nur so viel Geld ausgeben, wie auch notwendig ist. Die Summe von CHF 70'000 für Unvorhergesehenes erscheint auf den ersten Blick als viel. Diese Summe ist tatsächlich für Unvorhergesehenes angedacht und wird nicht angefasst, wenn nichts Unvorhergesehenes eintrifft. Bei allem anderen, den Planungskosten, habe ich erläutert, wie diese zustande kamen. Ich möchte erneut daran erinnern, dass sich der aktuelle Planungskredit nach der Etappe zwei des Jahres 2017, bei welchem der Einwohnerrat CHF 800'000 genehmigt hat, richtet. Inzwischen hat sich im Baugewerbe einiges getan und die Preise sind gestiegen. Das ist das Einzige, was ich dazu noch sagen kann. Ich bitte Sie, im Namen des Gemeinderates, den Antrag nicht anzunehmen. Wir brauchen nur das, was wir auch tatsächlich ausweisen können.

Lütolf Harry, Die Mitte: Wie es unsere Fraktionssprecherin gesagt hat, haben wir uns in der Fraktion unterhalten und uns die Frage gestellt, weshalb die aktuellen Kosten im Vergleich zu damals höher sind. Vizeammann Thomas Burkard hat es ausgeführt, es sei eine völlig andere Situation – so anders wird sie nicht sein. Ich persönlich werde dem Kürzungsantrag nicht stattgeben. Ich bitte den Gemeinderat, keine umfangreichen Abklärungen vorzunehmen. Es soll nicht das ganze Feld umgegraben werden, um zu schauen, dass nicht noch atomare Brennstäbe oder ähnliches auftauchen. Man muss schauen, dass seitens des Architekturbüros nicht zu ambitioniert gearbeitet wird. Meine Bitte ist, dass bis zuletzt alles genau abgeklärt wird. Unter diesen Bedingungen werde ich dem Kürzungsantrag nicht zustimmen.

Abstimmung

Dem Antrag der SVP

Der Gesamtbetrag von CHF 900'000 sei um CHF 100'000 auf CHF 800'000 zu kürzen.

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen abgelehnt (1 Person befindet sich im Ausstand).

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die Projektierung und Realisierung von Urnenplattengräbern auf dem Friedhof Wohlen im Gesamtbetrag von CHF 900'000 ($\pm 10\%$; inkl. 8.1% MWST).

wird einstimmig zugestimmt (1 Person befindet sich im Ausstand).

Bericht und Antrag 15102 Erhöhung Stellenplan im Bereich Finanzen & Ressourcen – Steueramt (Erbringung Dienstleistungen an Dritte)

Meyer Hans Rudolf, FGPK: Im vorliegenden Bericht und Antrag 15102 geht es um die Erhöhung des Stellenplans für das Steueramt. Im Leitbild der Gemeinde Wohlen steht:

«Wohlen ist offen für aktive Zusammenarbeit mit einzelnen Gemeinden und bietet diese an.»

Aus verschiedenen Gründen strebt der Gemeinderat Bünzen eine alternative Lösung an und ist deshalb mit der Absicht an die Gemeinde Wohlen herangetreten, die Steuerverwaltung Bünzen nach Wohlen zu transferieren. Die verlangte Offerte für die Führung des Steueramtes Bünzen hat überzeugt und ist in der Folge seitens Bünzen gutgeheissen worden. Das Steueramt Wohlen ist so organisiert, dass verschiedene Spezialisten für Private, Selbständige oder Unternehmen und so weiter, die anfallenden Steuererklärungen bearbeiten. Da das Steueramt eine Lehrabgängerin mit einem 70% Pensum behalten kann, wird es auch finanziell eine günstige Lösung. Da auf dem Steueramt keine festen Arbeitsplätze zugeteilt sind und einige Mitarbeiter teilweise im Homeoffice arbeiten, kann das Platzproblem im Moment gelöst werden – in Zukunft wird der vorhandene Arbeitsplatz an seine Grenzen stossen. Die Finanzierung ist durch den Vertrag mit der Gemeinde Bünzen geregelt. Die Lohn-, Sozialleistungen und die anteiligen Kosten für Raum- und Infrastruktur werden vollumfänglich durch die Gemeinde Bünzen finanziert. Die Erfolgsrechnung der Einwohnergemeinde Wohlen wird durch diesen Stellenausbau nicht zusätzlich belastet. Die FGPK empfiehlt einstimmig die Annahme des Bericht und Antrags 15102.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Hans Rudolf Meyer hat schon fast alles gesagt. Das Einzige, was noch nicht genau zum Ausdruck kam, ist, dass die 70% an den Vertrag mit Bünzen gebunden sind und diese bei einer Vertragsauflösung wegfallen würden. Alles andere wurde gesagt: der notwendige Arbeitsplatz ist vorhanden, die Kosten werden übernommen. Ich bitte darum, der Erhöhung des Stellenplans zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Schmid Patrick, Grüne: Die Grünen sprechen sich, wie alle anderen, auch für den Antrag aus.

Donat Marc, Die Mitte: Es wurde alles gesagt. Die Mitte-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Glavas Drago, SVP: Ich bin positiv überrascht, dass uns diese Vorlage nichts kostet. Unsere Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Scheiber Anja, GLP/EVP: Ich werde mich nicht wiederholen, es wurde alles gesagt. Die Fraktion GLP/EVP stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Die FDP/Dorfteil Anglikon stimmt dem Antrag zu.

Pascolin Laura, SP: Wir sehen für die Gemeinde Wohlen eine Chance zur Einnahmegenerierung sowie zur Stärkung ihrer zentralen Rolle und stimmen diesem Antrag zu.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde beim Bereich Finanzen & Ressourcen um 70 Stellenprozent beim Steueramt.

wird einstimmig zugestimmt.

Motion 15011 betreffend Erstellung Kunstrasenspielfeld im Sportzentrum Niedermatten

Donat Ruedi, Die Mitte: Auf den Wortlaut meiner Motion und der Stellungnahme des Gemeinderates gehe ich nicht mehr ein. Sie decken sich in der Sichtweise und könnten eigentlich widerspruchlos angenommen werden. Seit der Einreichung meiner Motion sind mehr als zwei Jahre vergangen. In dieser Zeit hat sich einiges getan, was ich hier gerne noch aufzeigen möchte. So wurden seither in drei Freiamter Gemeinden ein Kunstrasenfeld in Betrieb genommen. Muri, Mutschellen und Villmergen. Auch Baden erhielt in dieser Phase ein Kunstrasenfeld. Die Sektion Sport vom BKS im Kanton Aargau hat zusammen mit dem Aargauischen Fussballverband ein Schwerpunktprogramm «Kunstrasenplätze» ins Leben gerufen. Das Factsheet vom 11. Dezember 2023 gibt hierfür interessante Einblicke. So ist zu lesen, dass mehr als 1'000 Kinder auf Wartelisten stehen und keinem Fussballclub beitreten können, weil die Plätze fehlen. Im Kanton Zürich stehen 145 Kunstrasenplätze zur Verfügung und im Aargau können bis dato nur 15 Plätze bespielt werden. In diesem Schwerpunktprogramm sollten elf weitere Plätze gebaut und pro Platz maximal CHF 400'000 beigesteuert werden. Es braucht eine Absichtserklärung von der Gemeinde, die bis zum 31. August 2024 eingereicht sein muss. Es eilt also, wenn wir von den bereitgestellten Beiträgen profitieren möchten. Ich bitte Sie, der Überweisung zuzustimmen, damit der Gemeinderat die Absichtserklärung rechtzeitig abschicken kann und auch genügend Zeit bleibt, um das offizielle Gesuch einzureichen. Dieser Termin ist der 31. Dezember 2027. Der letzte Termin ist diesbezüglich auch schon bekannt. Die Abrechnung über das neue Kunstrasenfeld muss bis zum 31. Dezember 2029 eingereicht werden. Diese Informationen sind dem Factsheet des BKS zu entnehmen. Ich bitte Sie noch einmal, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Überweisung zuzustimmen. Es ist für eine gute Integration, gegen den Verschleiss von zusätzlichen Fruchtfolgeflächen und es kann der momentanen Euphorie unserer Nati Rechnung getragen werden, indem wir den jungen begeisterten Fussballern den entsprechenden Platz zur Verfügung stellen.

Burkard Thomas, Vizeammann: Die Ausgangslage betreffend die Notwendigkeit eines Kunstrasens hat sich, seit der letzten politischen Debatte im Jahr 2016, nicht mehr geändert. Der Gemeinderat erachtet es weiterhin als sinnvoll, dass auf dem Hauptspielfeld des Fussballstadions Niedermatten ein Kunstrasen eingebaut werden soll. Die intensivere Nutzung soll ermöglichen, dass mehr Mannschaften trainieren können. Der Gemeinderat sieht sich, in einer gegenteiligen, wenn auch knappen, Volksentscheidung vom 26. März 2017 konfrontiert. Dieser Entscheid, welcher nun sieben Jahre her ist, ist seitens des Gemeinderates natürlich zu respektieren. Es obliegt der Legislative, dem Gemeinderat, mittels Überweisung der Motion von Ruedi Donat, den expliziten Auftrag zu erteilen. Dies entgegen dem damals geäusserten Volkswillen ein Kunstrasen auf dem Hauptfeld des Fussballstadions Niedermatten zu projektieren. Dementsprechend empfiehlt der Gemeinderat die Motion weder zur Überweisung noch zur Ablehnung. Der Gemeinderat steht der Motion neutral gegenüber. Wie wir es vom Motionär gehört haben, liegt das Schreiben des FC Wohlen an den Gemeinderat vor. Es wird verlangt, dass seitens des Gemeinderates, um von dem kantonalen Förderprogramm profitieren zu können, eine Absichtserklärung, bis Ende August dieses Jahres, vorliegen muss. Der Gemeinderat wünscht euch einen guten, weitsichtigen Entscheid in dieser Frage.

Fraktionsmeinungen

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Sie wissen vielleicht, wem wir diese Situation zu verdanken haben. Die Gemeinde Wohlen wollte vor ein paar Jahren zusätzliche Einzonungen machen. Unter anderem für Industrie und Gewerbe, aber auch bei den Sportanlagen für zusätzliche Spiel- und Trainingsfelder. Das scheiterte im Grossen Rat, insbesondere weil die damaligen Wohler SVP-Grossräte dagegen stimmten. Nun haben wir wenig Fläche für so viele Mannschaften zur Verfügung. Würden wir den Rasen den Bedürfnissen entsprechend belasten, hätten wir einen riesigen Aufwand den Rasen wiederherzustellen. Das sehen wir aktuell an der Fussball-EM. Fussballer haben lieber einen echten Rasen als Kunstrasen, ausser einen wie in Villmergen. Ich spiele selbst in Villmergen bei den Senioren ü50 und habe nie Rückschmerzen nach den Spielen oder dem Training auf dem Kunstrasen – sehr wohl aber nach den Spielen auf Naturrasen. Unter dem Strich bringt uns die Investition ganz klar weniger Unterhalt und auf der anderen Seite mehr

Kapazität. Die Lage des Hauptspielfeldes war von Anfang an sehr schwierig. Die Tribüne nimmt dem Spielfeld viel Licht weg, was man seit der Planung weiss. Offensichtlich ging es nicht anders. Nun haben wir die Chance, von Beiträgen zu profitieren. Ausnahmsweise spreche ich mich für Subventionen aus – sagen wir Ja dazu. Es ist an der Zeit, dem Fussballclub Wohlen die Gelegenheit zu geben, seine Infrastruktur zu verbessern. Dazu kommt, dass es sich nicht um einen Profibetrieb handelt. Es handelt sich um einen Verein im Breitensport. Sagen sie Ja. Unsere Fraktion stimmt der Motion grossmehrheitlich zu.

Wüthrich Barbara, Grüne: Grundsätzlich muss gesagt werden, dass wir Grünen die Jugend und in diesem Fall die Sportförderung als sinnvoll erachten und unterstützen. Sportliche Hobbies sind eine sinnvolle Art Kontakte zu knüpfen, etwas für die Gesundheit zu tun, die Freizeit zu gestalten und sie sind nicht zuletzt auch eine Möglichkeit zur Integration. Für uns ist aber wichtig, dass eine gewisse Gleichberechtigung unter den Vereinen besteht und, dass die Förderung durch die Gemeinde nicht nur anhand des Prestiges einer Sportart bestimmt wird. Denn wir haben viele tolle Vereine in Wohlen, von welchen alle Unterstützung verdient haben. Gerne möchte ich darauf hinweisen, dass die Pfadi zwar in der letzten Sitzung einen gratis Baurechtsvertrag erhalten hat, das Heim jedoch auf eigene Kosten bauen wird. Dies ist nur ein Beispiel eines Vereins, welcher seine Infrastruktur selbst stellt. Uns ist daher wichtig, dass die Eigenleistung, welcher der FC an das Kunstrasenspielfeld zahlt, angemessen ist. Zudem weisen wir darauf hin, dass wir Grünen auch die Umweltverträglichkeit eines Kunstrasens in einem allfälligen Bericht und Antrag berücksichtigt sehen wollen. Sollte diesem Aspekt zu wenig Beachtung geschenkt werden, behalten wir uns vor, den Projektierungskredit abzulehnen.

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Unsere Fraktion steht ein für eine lebendige Vereinskultur in Wohlen, für welche der FC Wohlen steht. Der FC Wohlen hat eine langjährige Tradition und hat mit dem Namen unserer Gemeinde in der Schweizer Fussballwelt für positive Werbung gesorgt. Der Name «FC Wohlen» steht für 36 Teams, 5'400 Minuten Training oder Spiele pro Woche, somit ein Total von 250'000 Minuten Fussball für knapp 600 Spielerinnen und Spieler des FC's. Der Verein stösst an seine Grenzen. Vieles hängt mit dem Hauptfeld zusammen. Der Verein, der momentan eine Warteliste führt, braucht diesen Kunstrasen, um das Angebot an Trainings und Spielen zu erhöhen. Da die Gemeinde den Rasen sowieso sanieren muss, ist es nun 2024 an der Zeit einen Kunstrasen einzubauen, um den Bedürfnissen des FC's gerecht werden. Ja, das Volk hat vor sieben Jahren Nein gesagt. Damals war das Bedürfnis gross, nur heute ist es noch grösser, da man im Vergleich zu 2017 200 Juniorinnen mehr im Verein hat. Zudem wird der Rigacker-Rasenplatz mit dem Neubau der Kanti ebenfalls aufgelöst. Dann verschwinden noch mehr Plätze, was das Problem des FC's unweigerlich erhöhen wird. Wir sind der Meinung, dass ein Kunstrasen bewiesenermassen weniger heikler und mehr benützbar ist. Ich hoffe, dass die Stelle des Sportkoordinators/der Sportkoordinatorin diesen Fakt in der Zukunft aufgreifen und weitere Events, ausser eines Fussballmatches, auf dem neuen Kunstrasen planen wird. Ein wichtiger Punkt für unsere Fraktion ist ebenfalls, dass der FC Wohlen nun endlich wieder näher ans Wohler Volk gerückt ist. Die Zeiten des Profifussballs à la Challenge League sind vorbei. Ein Verein, der sich im Dorf engagiert, die Jugend fördert und fordert, ihnen eine sinnvolle und gesunde Betätigung liefert, ist ganz in unserem Sinne und verdient unsere Unterstützung. Wir sprechen uns für die Motion aus.

Christen Peter, SVP: Auch die SVP wird die Motion einstimmig unterstützen, was uns die Möglichkeit bietet, den folgenden Bericht und Antrag informiert beurteilen zu können, die Kosten zu analysieren und entsprechend auf den Bericht und Antrag zu reagieren.

Pascolin Laura, SP: Die SP hat die Motion unterstützt, da es für einen erfolgreichen Breiten- und Leistungssport gute Rahmenbedingungen braucht unter anderem eben auch gute Infrastruktur wie den Kunstrasen. Ich gehe davon aus, dass, aufgrund des aktuellen Wetters, ein Kunstrasen den Bedarf decken kann. Die Gesellschaft profitiert vom Sport und von den Vereinen. Sozialkompetenzen wie Respekt lernt man im Sport. Auch der SP (wie schon von den Grünen erwähnt) ist es ein Anliegen, dass alle Vereine gleichbehandelt werden, wenn es Unterstützungsbeiträge betrifft. In Folge darf man den Schüwo-Park und andere Sportvereine nicht finanziell benachteiligen.

Einzelvoten

Breitschmid Manfred, SVP: Für mich ist der Sachverhalt absolut unbestritten. Ich stelle an den Gemeindevorstand oder den Vizeammann eine Frage: Unser Geschäftsreglement schreibt vor, dass ein Vorstoss innerhalb eines halben Jahres zur Stellungnahme vorgelegt werden muss. Wie wir wissen, sind nun zwei

Jahre vergangen. Es ist in etwa alles gleich wie 2016. Mich würde interessieren, weshalb man für die Erkenntnis des Vorstosses zwei Jahre benötigt.

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich möchte auf das neutrale Verhalten, welches Thomas Burkard erläutert hat, eingehen. Es ist aussergewöhnlich, dass der Gemeinderat keine Stellungnahme abgeben möchte. Ich habe, in meiner langjährigen politischen Karriere, noch nie erlebt, dass der Gemeinderat keine Stellung nimmt. Ein Beispiel: Die Grüngutgebühren wurden mehrere Male durch das Volk abgelehnt, wurden mehrere Male per Motion wieder gefordert und jedes Mal hat der Gemeinderat eine Stellungnahme abgegeben. Weshalb man jetzt keine Stellungnahme abgibt, ist meiner Meinung nach eine berechtigte Frage.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat nimmt sehr wohl Stellung und zeigt in der Haltung zu der Motion die gegenteiligen Aufträge auf. Das ist ein Unterschied zu denjenigen Motionen betreffend die Einführung der Grüngutgebühren, welche durch den Einwohnerrat überwiesen wurden. Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten. Wir können dementsprechend eine Motion nicht gegenteilig umsetzen, dies schreibt uns das Geschäftsreglement vor. In diesem Fall musste der Gemeinderat keine Stellung dazu nehmen, ob die Motion umgesetzt werden soll oder nicht, sondern lediglich die Motion umsetzen. Aktuell haben wir eine andere Situation. Wie der Gemeinderat es bereits ausgeführt hat, haben wir im Jahr 2016 Sinn und Zweck – wie auch die Mehrheit im Parlament – eines Kunstrasen gesehen. Gegen dieses Vorhaben wurde das Referendum ergriffen und knapp abgelehnt. Wir hatten eine gegenteilige politische Meinung, welche es uns nicht ganz einfach gemacht hat, sich festzulegen. Wir haben im Jahr 2018 gegenüber den Vertretern des FC angesprochen, dass wir einen anderen politischen Auftrag benötigen. Der politische Auftrag, so wie es jetzt aussieht, wird an uns überwiesen und wir werden ihn umsetzen. So funktioniert die Politik bei unterschiedlichen Ansichten zu verschiedenen Themen. Generell kann gesagt werden, dass wir mit diversen Geschäften zurückliegen. Wir sind bemüht, die Sachverhalte aufzuarbeiten. Bei grossen, dringenden Geschäften gibt es eine Prioritätensetzung, welche nicht immer allen Ansprüchen richtig genügen mag. Die Kritik, dass wir uns nicht reglementskonform verhalten, nehmen wir entgegen.

Abstimmung

Die Motion 15011 betreffend Erstellung Kunstrasenspielfeld Sportzentrum Niedermatten

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen überwiesen.

Läufer Marc, Präsident: Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich bedanke mich für die aktive Teilnahme. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 9. September 2024 um 19.00 Uhr statt. Bleiben sie gesund und gute Nacht.

Für das Protokoll



Marc Läufer
Präsident



Michelle Hunziker
Aktuarin